

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 10,50 RM., monatlich 3,50 RM. frei ins Haus, wozu zahlbar. Vorbezug: Monatlich 3,50 RM., zzgl. Subskriptionsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 RM., für das übrige Ausland 10,75 RM., bei täglich einmal, Zustellung 8,75 RM. Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Ungarn, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentäglich (außer am Sonntag) einmal.

Verlagsamt: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abgezeichneten Konparativpreise betragen 1,00 RM. Anzeigenpreis 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 75 Pf. (zwei bis zwei gedruckt Worte), jedes weitere Wort 50 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigenpreis 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen 1,00 RM. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 23. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11752-54.

Studium der Volksschullehrer.

Der Erlass des Kultusministers, durch den das Seminar mit den Volkshochschulen und das Seminar-Abiturium mit der Reifeprüfung einer Oberrealschule gleichgestellt und damit das Lehrerseminar faktisch als höhere Schule anerkannt wird, hat in gewissen akademischen Kreisen wie eine Bombe eingeschlagen.

Der „Reichsbund akademischer Berufsstände“, der 250000 Akademiker umfaßt, wendet sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit, daß durch die Zulassung von „Halb-Akademikern“ und ungenügend vorbereiteten Junglehrern zur Unversität das „Niveau der Hochschule herabgedrückt“ werde. Eine Studentenkorporation wendet sich an die andere in banger Sorge um eine mögliche „Verproletarisierung der Unversitäten“. Sie fassen Beschlüsse, die sie dem kommenden Philologentag in Halle im Januar 1920 vorzulegen gedenken.

Die Senate der Unversitäten, besonders der süddeutschen und sächsischen - Tübingen, Erlangen, Leipzig - sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die ungeheureliche Forderung der Regierung, Volksschullehrer als Volkbürger an die Unversitäten aufzunehmen und sie gar promovieren zu lassen. Auch die philosophische Fakultät stellt sich der Zulassung der Lehrer zur Doktorpromotion, auch wenn sie ordnungsgemäß studiert und die Ergänzungsprüfungen abgelegt haben, durchaus ablehnend gegenüber. Man bestreitet dem Ministerium das Recht, in die „Autonomie“ der Unversitäten einzugreifen.

Ferner macht die Oberlehrerschaft mobil. Sie fürchtet eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz, spricht von der „unmöglichen Gleichstellung der Seminare mit der höheren Schule“ und sieht genau wie die Studierenden die „Verproletarisierung des Akademikerstandes“ herankommen.

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Bei näherer Betrachtung erweist sich der Streit als ein Kampf gegen Windmühlenslügen. Hierfür ein Beispiel: An der Unversität Halle studieren etwa zehn ehemalige Lehrer, die das Reifezeugnis nachträglich erworben haben. Zwei dieser Lehrersubstanten sind Juristen. Die übrigen acht verstreuen in der großen Zahl der Hörer, die sich zurzeit auf 3174 beläuft, und dürften zu der sehr bedeutenden Verproletarisierung der Studentenschaft in wirtschaftlicher Hinsicht sicher den geringsten Anteil beitragen.

In den „Vorschritten für die Studierenden der Landes-unversitäten“ ist die Vorschrift enthalten: „Als Studierende dürfen nicht aufgenommen werden: Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchenbeamte.“ Hiernach muß der Lehrer, der nach der Verfassung als öffentlicher Beamter gilt, sein Amt aufgeben, wenn er von der Möglichkeit zum Hochschulstudium Gebrauch machen will. Das ist aber völlig ausgeschlossen, denn wie soll ein Lehrer, der in der Regel in durchaus bescheidenen Verhältnissen lebt, mindestens drei Jahre lang sein Einkommen aufgeben und außerdem noch Kollegengelder zahlen. Es bleibt also dem Lehrer nur die Möglichkeit, auf das Studium zu verzichten oder sein Einkommen aufzugeben, was in der Mehrzahl der Fälle mit der Gefahr des Hungerns identisch sein dürfte.

Hier kann die Regierung mit einem Federstrich helfen, indem sie den sogenannten Beamtenparagrafen streicht, so daß die Beurteilung des Lehrers für die Zeit des Studiums genügt. Man befürchte nicht, daß ein durch Fortfall des Beamtenparagrafen erleichterter Zustrom der Lehrer zur Hochschule diese zum Einschlagen der Oberlehrerlaufbahn verleiten und so der Volkshochschule entfremden würde.

Die Lehrersubstanten wollen vielmehr zurück zur Volkshochschule! Dazu studieren wir - so wird uns von einem Volkshochschullehrer geschrieben - an der Hochschule! Darum setzen wir uns als alte Knaben noch einmal auf die gymnastische Schulbank. Darum aber begrüßen wir ganz besonders den ministeriellen Erlass. Wir wollen nicht Oberlehrer werden. Wir wollen dem Volkshochschulwesen erhalten bleiben. Für uns gibt es keinen Unterschied zwischen Oberlehrer und Volkshochschullehrer; stellen sich aber die Akademiker weiter in Gegensatz zum Volkshochschullehrer oder nehmen sie gar auf dem Philologentag in Halle eine Resolution gegen das Volkshochschullehrerstudium an, so werden wir uns zu verteidigen wissen.

Dringender als je bedürfen wir heute der studierten Lehrer. Die Entwicklung schreitet nach ihnen. Die Volkshochschule den Volkshochschullehrern! Und nur ihnen! Heute ist die Volkshochschule in den Händen von Schulverwaltungsbeamten, welche das Wesen der hohen Schule zwar einst studiert haben, von der Praxis der Volkshochschule aber nur äußerst mangelhafte Kenntnisse besitzen.

Die studierten Volkshochschullehrer, soweit sie ein gewisses Unversitätsstudium abgeschlossen haben - sei es durch eine größere Arbeit oder Ablegung eines Exams - sind zur weiteren verwaltungstechnischen Ausbildung im Volkshochschulverwaltungsdienste in die Regierungen oder Ministerien als

Der weiße Terror in Ungarn.

Die Parteileitung der deutschösterreichischen Sozialdemokratie erläßt folgenden Aufruf:

An die sozialistischen Parteien aller Länder!

Seit dem Sturz der Räteregierung wütet in Ungarn der weiße Terror. Alle Gefängnisse sind überfüllt. Sozialdemokraten, Kommunisten und Arbeiter werden in den Gefängnissen fürchterlich mißhandelt. Dem roten Terror in der Zeit der Räteregierung sind 600 Menschen zum Opfer gefallen, der weiße Terror soll seit dem Sturz der Räterepublik schon

5000 Menschen gemordet

haben. In den brutalen Morden der weißen Garde gefellen sich die „legalen“ Mörder der konterrevolutionären Justiz. Täglich werden in Budapest Todesurteile gefällt. Viele dieser Urteile sind schon vollzogen. Zum Tode verurteilt werden nicht nur Verbrecher, denen der Bürgerkrieg Gelegenheit zur Betätigung ihrer Mord- und Raubgehrte gegeben hat, sondern auch lauter Idealisten und ehrliche Revolutionäre.

So ist Corvin zum Tode verurteilt worden, ein Mann, den alle, die ihn kennen, als einen vom reinsten Idealismus erfüllten Revolutionär schildern und von dem alle, die seine Tätigkeit in der Zeit der Räteregierung beobachtet haben, bekämpfen, daß er einen hartnäckigen Kampf gegen die verbrecherischen Exzesse des Terrors geführt und ihm viele seiner Opfer entzogen hat. Ebenso darrt vieler anderen ehrlichen Kämpfer des ungarischen Proletariats der Galgen.

Die Entente-Mächte haben die ungarische Räteregierung zu Falle gebracht, mit ihrer Zustimmung wurde Budapest vor dem Abzug der rumänischen Truppen von der konterrevolutionären weißen Garde besetzt. Dadurch wurde das ungarische Proletariat den Gaschignas und Galisets der ungarischen Konterrevolution ausgeliefert. So sind

die Entente-Regierungen mitverantwortlich

geworden für die Ereignisse in Budapest, aber die Entente-Regierungen haben zwar zur Zeit der Räteregierung konterrevolutionäre Bourgeoisie gegen den roten Terror mit Erfolg geschickt, sie haben aber bisher noch nichts getan, um revolutionäre Proletarier gegen die wilde Wuchst des weißen Terrors zu schützen.

Schweigen die Regierungen, so haben die Arbeitermassen zu sprechen!

Wir fordern daher die sozialistischen und Arbeiterparteien aller Länder auf, mit uns gegen die blutigen Verbrechen der ungarischen Konterrevolution zu protestieren. Wir fordern insbesondere die Arbeiter und Sozialisten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten auf, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie durch ihr Nachwort dem grausamen Wüten des weißen Terrors in Ungarn ein Ende setzen.

Genossen! Bedenkt, daß in Budapest Tag für Tag Todesurteile gefällt, von Woche zu Woche Todesurteile vollzogen werden. Ihr müßt laut, ihr müßt vor allem schnell sprechen, wenn ihr die Kämpfer des ungarischen Proletariats ihren Opfern entreißen wollt!

Wien, 22. Dezember 1919.

Der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Es ist zu hoffen, daß die Arbeiterklasse in denjenigen Ländern, auf die es hierbei ankommt, die heute alle Macht

haben und die sie allüberall nur zur Förderung der Gewalt und gegen Freiheit und Gerechtigkeit gebrauchen, ihre Regierungen durch starken Druck veranlassen wird, wenigstens die Blutherrschaft in Ungarn zu beenden, die die neue Monarchie einleiten soll.

Der Senat macht Frieden!

Neuer meldet aus Washington, daß der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die neue Entschliessung Knox', in der der Friedenszustand mit Deutschland erklärt wird, mit 7 gegen 3 Stimmen gutgeheißen hat. Die Entschliessung tritt ein für Friedenserklärung, für Beibehaltung aller materiellen Vorbehalte, die für die Vereinigten Staaten aus dem Vertrage von Versailles erwachsen sind und für die Befristung der allgemeinen Unterzeichnung praktischer Pläne für einen internationalen Friedensbund durch die amerikanische Regierung.

Eine neue Niederlage für Wilson! Daß der Senat Gegner der Wilsonschen Politik ist, und namentlich gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrages beharrlich Front macht, ist zwar nichts Neues. Aber es ist dennoch bezeichnend für die entschiedene Gegnerschaft, auf die das Werk des Obersten Rates im amerikanischen Parlament stößt, daß die Republikaner und auch ein Teil der Demokraten bei jeder neuen Gelegenheit dem Präsidenten ein neues Mißtrauensvotum erteilen. Wollte dieser durch seine Starrköpfigkeit den Widerstand seiner Gegner ermüden, so dürfte er nunmehr diese Hoffnung aufgeben. Bereits einmal war ein ähnlicher Antrag in der Verhandlung des Senats angenommen worden, doch fehlte die Zweidrittelmehrheit, die nach der amerikanischen Verfassung nötig ist, um den Beschlüssen Gesetzeskraft zu verleihen. Nun ist der neue Antrag Knox zwar erst im Ausschuss angenommen worden, und es ist noch keineswegs sicher, ob er diesmal im Plenum die notwendige Zweidrittel-Majorität erlangen wird.

Entspricht die Verteilung der Kräfte im Plenum der Abstimmung im Ausschuss, dann dürfte allerdings der Friedenszustand zwischen Amerika und Deutschland endlich Gesetz werden, zum beiderseitigen Nutzen und - was auch nicht schaden kann - zur Barzahlung für die Pariser und Londoner Herrschaften.

Es scheint übrigens, daß Amerika nicht allein europamüde sei, sondern auch die ganze Menschheitskreisstragödie, die seit Monaten im Gange ist, allmählich satt bekommen. An Stelle des Versailler Völkerbundes, der bis auf weiteres nur eine G. m. b. H. zur Eintreibung deutscher Forderungen ist, soll ein wirklicher Friedensbund treten.

Wenn dies ein Bund gleicher Völker mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten sein soll, können wir den neuen Antrag Knox im Interesse der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Genesung der Welt nur auf das wärmste begrüßen.

Die Danziger Warnung.

Zu dem unter dieser Ueberschrift erschienenen Artikel erhalten wir von anderer parteigenösslicher Seite nachstehende Ergänzung:

„Der Verfasser hat zwei Momente außer Betracht gelassen, welche das Wahlergebnis doch weit günstiger erscheinen lassen.“

Bei den Wahlen zur National- und Preussischen Landesparlament gab es in Danzig noch eine große Anzahl an Militärdienst stehender Personen. Ferner waren die Staatswerkstätten noch mit den vollen Kriegsbeschäftigten der Arbeiter tätig. Diese Massen haben zum größten Teile der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben. Selbst nach Schließung resp. nach Umlegung der Staatsbetriebe ist nur eine kleine Belegschaft vorhanden. Die früher tätigen Staatsarbeiter und die Militärpersonen haben Danzig verlassen müssen.

Ferner haben die Kommunisten einen größeren Anhang gefunden als bei den Nationalwahlen. Sie haben am Tage der Stadtverordnetenwahlen eine Gegen demonstration auf dem Seumarkt veranstaltet, welche die politisch unerfahrenen Arbeiter in Verwirrung brachte und von der Wahlbeteiligung abhielt.“

Soweit die Zuschrift. Das letztere Moment will uns wenig durchschlagend erscheinen. Die „politisch unerfahrenen“ Arbeiter sind nicht so leicht ins Horn der kommunistischen Wahlenthaltung zu locken, wenn die Sozialdemokratie streng und unbedingam eine einheitliche demokratische Linie innehält und nicht mit der unabhängigen Diktatur liebäugelt oder sich gar mit ihr verbindet.

Größeres Gewicht hat die erste Erklärung. Durch die

wissenschaftliche Hilfsarbeiter zu übernehmen. Auch die pädagogischen Akademiker sind die ausschließlichen Kandidaten für ehemalige Seminaristen. Nur im äußersten Notfall rufe man regulär studierte Akademiker dorthin, die in ihrer Mehrzahl ja doch bisher über Volkshochschulwesen redeten, ohne es zu kennen.

Der studierte Lehrer steht nicht außerhalb der Lehrerschaft, er ist vielmehr ihr tapferster Mittkämpfer. Zwar sind es nur wenige und werden wenige bleiben, die Geld, Zeit und Kraft zum Weiterstudium aufzubringen in der Lage sind. Opfer, die ihnen keine Regierung, kein Ministerium jemals zu ersetzen vermag.

Aber wir wollen endlich los von dem Druck, der auf die Volkshochschulentwicklung ausgeübt wurde.

Nochmals: Wir wollen nicht irgendwo als fünftes Rad am Wagen an einer kleinen höheren Oberrealschule das höhere Schulwesen verproletarisieren, nein, wir wollen das Volkshochschulwesen endlich von den Herren säubern, die nicht die Auswärtsentwicklung gefördert, sondern die Niederhaltung der Volksbildung systematisch betrieben haben. Wir wollen das jahrzehntelange Verfallnis des alten Regimes nachholen und die Verbindung zwischen pädagogischer Wissenschaft und Volkshochschule herstellen, die zurzeit noch völlig fehlt. Darum ist den regulären Akademikern die „Karriere im Volkshochschuldienst“ solange zu verschließen, wie die Einheitschule noch nicht verwirklicht ist!

Die Volkshochschullehrer an die Unversität und von dort zurück ins Volkshochschulwesen! Das erst nennen wir den Tüchtigen freie Bahn. Und in diesem Sinne protestieren wir studierenden Lehrer energisch gegen die Angriffe und Beleidigungen der öffentlichen Meinung durch Unversitäts-senate, Fakultäten, Studenten- und Professoren-schaft.

Abwanderung sind sicher verschiedene tausend sozialdemokratische Wähler der Partei verlorengegangen. Aber auch dieser Grund wird für den ungeheuren Stimmenverlust nicht ausreichend erscheinen, wenn die Zahlen hart nebeneinandergerückt werden. Es haben nämlich erhalten bei der

	Nationalwahl 19. Jan. 1919	Breuzenwahl 26. Jan. 1919	Stadtverordnetenwahl 14. Debr. 1919
Sozialdemokraten	46 482	39 917	27 257
Demokraten	27 920	25 458	11 990
Zentrum	17 246	17 105	11 289
Polen	—	—	7 593
Deutschnationalen	15 677	13 678	18 882
Christl. Vereinig.	—	—	12 900

Wahlbeteiligung:
80% 79% 81%

Die Zahl der Wahlberechtigten hat seit dem 19. Januar um rund 11 000 abgenommen; die sozialistischen Parteien haben aber in derselben Zeit rund 19 000 Stimmen verloren, das ist ein Verlust, der mit den beiden oben angeführten Gründen nicht zu deuten ist.

Mindestens für die noch fehlenden Tausende bleibt als Erklärung nur die Annahme übrig, daß diese Wähler an der Partei irre geworden sind, weil sie sich in Danzig bereit gefunden hat, die demokratischen Grundzüge zu verleugnen und den unabhängigen Diktatoren Gefolgschaft zu leisten.

Die Danziger Warnung verliert durch die obige Zuschrift also nichts von ihrem Gewicht und ihrer Bedeutung.

Awalow in Deutschland.

Am Sonnabend meldete die „Deutsche Allgem. Zeitung“, daß sich Truppen des Obersten Awalow in Deutschland befinden, die wieder an die baltische Front gehen wollten, um gegen die Bolschewiki zu kämpfen. Der Abtransport werde erfolgen, wenn die Entente damit einverstanden sei. Das auswärtige Amt habe sich schon deswegen mit den Vertretern des Verbandes in Verbindung gesetzt.

Jetzt wird „von zuständiger Seite festgestellt“:

Die Annahme, die deutsche Regierung habe über die in das Lager von Reisse gebrachtten Baltikum-Russen das freie Verfügungsrecht, trifft nicht zu. Diese Russen sind auf Anordnung der internationalen Baltikum-Kommission nach Deutschland abtransportiert worden und stehen weiterhin zur Verfügung dieser Kommission.

Dadurch wird die Sache zwar etwas anders, aber nicht viel besser. Die Politik Deutschlands gegenüber den inneren Kämpfen in Rußland kann nur die der strikten Neutralität sein. Deutschland ist durch den Friedensvertrag nicht verpflichtet, die Entente in Rußland zu unterstützen, es hat daher auch die Teilnahme an der Blockade abgelehnt. Es wäre ein innerer Widerspruch, wenn Deutschland auf der einen Seite die Beteiligung am wirtschaftlichen Kampf gegen Sowjetrußland ablehnte, auf der andern Seite aber den militärischen Kampf unterstützte, indem es sich zur Operationsbasis für eine der gegeneinander kämpfenden Parteien hergäbe. Der Politik der Neutralität würde es nur entsprechen, wenn kämpfende Truppen, die auf deutschen Boden übergetreten sind, entwaffnet und interniert würden. Sind wir nicht mehr in der Lage, eine solche selbständige Politik zu treiben, und wenn wir es nicht sind, wer hindert uns daran?

Bei dieser Gelegenheit sei wiederholt, daß die Zurückhaltung der kriegsgefangenen Russen in Deutschland ausschließlich auf das Ententegebot erfolgt. Irrendwelsche antibolschewistische Verheerungen in den Russenlagern finden nach offizieller Erklärung nicht mehr statt.

Den Abtransport der Baltikum-Soldaten hofft man bis um 5. oder 6. Januar durchgeführt zu haben.

Friedensschluß — Friedebeginn.

Krieg ist entsetzt. Der Friede nicht die Hände. Das Ohr erstarbt schon dem Klange dieser Worte. Nicht Jubel glüht. Ein Dämmern fern der Stelle: Es steigt ein Tag — ist Pflicht und ist Schwelle. Es ist ein Tag mit erstem heiligem Namen. Die Klagegrünen heißen Segensamen. Und tiefste Schächter dringen wieder Kloden. Die Zeit steht auf und greift nach neuem Boden. Wildwasser fließt. Verborgte Quellen steigen. Blut — sing' an Blut: Da-Jah — wir aller Eigen! Völker der Erde! Hoch die reinen Hände! Krieg ist am Ende! Krieg sei am Ende.

Bilibald Krahn

Arno Holz: Das ausgewählte Werk.

Seit der tapfere alte Schabelitz in Jürich, der Achtundvierziger, in der Mitte der achtziger Jahre sich des trotzig stummenden Klarmannes Berliner Großstadtspiel „Buch der Zeit“ annahm, ist das Dasein dieses und anderer Werke von Arno Holz ein unruhiges, nie endendes Verlagerungsgebiet gewesen. Sie sind wie eine Flotte, die immer von Port zu Port über hohe Meer kreuzt, und jeder neue große Segler, der ihrer Schar zustößt, bringt neue Bewegung in die heimatische Wasse. Zuletzt hat das Schicksal auch mit den Anforderungen zusammengehungen, die des Dichters eigenartige Werkformen an den Bau der Buchschiffe stellen mußte. Jetzt will das Deutsche Verlagshaus Bong, Berlin, der feste, große Heimathafen der Werke werden. Er ländigt losoben die Absicht an, sie in schneller Folge herauszubringen, und jetzt jetzt als Auftakt und Einführung dazu einen Auswahlband vor, der freudig begrüßt sei. Das Werk von Arno Holz ist Kunst, deren erstes Wort Kampf war und die immer trotzig Kampf blieb und immer erste Arbeit gewesen ist. Und noch dauert sie an in unerlöschlicher Kraft, und was sie gab, ist eine Spiegelrunde, in der das Ich und die Welt tausendfältig in schärfsten Positionen seine Bilder drängt.

Eine Arno-Holz-Anthologie, die keine der künstlerisch fragenden Werke unberührt läßt! Vom „Buch der Zeit“ bis zur „Phantastik-Luzil“, und mitten in Erzählendes, satirische Versmassen, Dramen, alle. Nur Dichterisches also, nichts Kunsthistorisches, was eigentlich zu bedauern ist, weil dies Begrenzte nun einmal zum Wille des Dichters gehört. Doch die neuen Werke, die der prächtige Quartband in Eisenblech mit Goldschmuck gewinnen soll, werden das nicht vernichten. Vorauß ist ankommt, das stellt sich ihnen dar: das dichterische Werk in den verschiedenen Phasen. Verfürzte Linien zwar, aber doch deutlich besondere Gestalt und Bewegung.

Man fragt anfangs, aus den drei Dramen des „Phantastik Berlin“ je nur den ersten Akt in diesem Buch zu finden. Aber mehr

Ein falscher Räteprophet.

Nach Zeitungsberichten hat der Chefredakteur der „Freiheit“, in der unabhängigen Parteiverammlung am Sonntag gegen seine Gegner mit der Behauptung aufgetrompelt, er habe schon in seinem „Finanzkapital“ die Diktatur des Proletariats verkündet, die — natürlich nur durch das Räte-system zu verwirklichen sei. Diese Behauptung wäre von großer Bedeutung, wenn sie richtig wäre, denn dann wäre Hilferding der einzige sozialistische Schriftsteller, der schon vor der russischen Revolution die Heilswahrheiten des Rätewesens erkannt hätte.

In Wirklichkeit hat Hilferding aber seine Behauptung nur aufgestellt in der berechtigten Zuversicht, daß sein Mitglied der erleuchteten Versammlung sein Buch gelesen haben würde. Tatsächlich enthält es nicht die geringste Andeutung des Gedankens, daß die Diktatur des Proletariats durch das Räte-system zu verwirklichen sei. Es wird darin die große Bedeutung der Gewerkschaften betont und auseinandergesetzt, daß die Entscheidung in wirtschaftlichen Klassenkämpfen immer mehr der Staatsgewalt zufalle, weshalb das Vorhandensein einer politischen Arbeiterpartei (nicht etwa zweier oder dreier) notwendig sei. Daß die politische Arbeiterpartei auf anderem Wege als auf dem der Demokratie die Diktatur des Proletariats verwirklichen könne, wird, soweit wir sehen, mit keinem Worte angedeutet.

Es bleibt also dabei, daß sich in der gesamten sozialistischen Literatur von Plato bis Hilferding keinerlei Vorahnung des „politischen Räte-systems“ vorfindet. Hilferding erhebt den Anspruch, zu den theoretischen Vätern dieses Gedankens zu gehören, zu unredlich, und er würde in einem Vortragsprozess mit den neueren und neuesten Geistern wie Crispian, Däumig und Richard Müller lächelnd abschneiden.

In Hilferding hat der taktische Opportunist den sozialistischen Theoretiker längst erschlagen. Wenn er jetzt so weit geht, in den verflochtenen Theoretiker etwas hineinzupretieren, was in ihm gar nicht drin ist, so ist das entschieden des Anpassungsweises zu viel.

Die komplette Einigung.

In einem Lokalblatt, das die Wahlvereine der U. S. P. D. der östlichen Vororte herausgibt, steht der bekannte Unabhängige Alexander „Futran“ in recht satirischer Weise „politisch-optische Betrachtungen“ über die Richtungen innerhalb der U. S. P. an, die bei der Frage der Stellung zur Internationale auf dem Leipziger Parteitag in Erscheinung getreten sind. Er bildet sich aus den Resolutionen Hilferding (Anschluß an Genf), Ledebour (weber Genf noch Moskau), Stöcker (Anschluß an Moskau), Crispian-Parteilassung (Gemisch aus den drei vorherigen) ein Prisma, und bei der Betrachtung durch dieses Prisma zerfällt das reine Weiß der Parteieinheit in dreizehn verschiedene Richtungs-farben! Futran zählt sie auf:

1. die Ultralinken: das sind die Genossen, die unverändert an Stöcker festhalten;
2. die Radikallinken: die bereit waren, die Stöckerische Resolution etwas abzumildern;
3. die gemäßigt Radikallinken: die evtl. bereit waren, mit Richtung Ledebour zu verhandeln;
4. die rechten Radikallinken: die auf alle Fälle bereit waren, der Richtung Ledebour etwas nachzugeben;
5. die Linken: unter bestimmten Umständen für Resolution Crispian;
6. die rechten Linken: nur Crispianische Resolution.
7. das linke Zentrum: versuchte die Ledeboursche Resolution in die Stöckerische hineinzuarbeiten;
8. Zentrum schlechthin: verlor die Stöckerische Resolution in die Ledeboursche hineinzuarbeiten;
9. das rechte Zentrum: nur Ledeboursche Resolution;
10. die linken Rechten: bereit, Ledeboursche Resolution mit der Hilferdingschen zu verbinden;

Esch sich schlechterdings nicht geben, und es genügt ja auch, um die Art der dramatischen Zeichnung Holz' zu erweisen, insbesondere seine Kunst, die Welt seines jeweiligen Stoffes im Wesen der Gestalten zu erschließen und dessen Handlung die Schwelle bis zum Augenblick des Ueberschreitens zu bauen. Nach allem, was der Dichter in den letzten Jahren anfertigte, gipfelt sein Schaffen heute im Fortführen dieser Dramen, und so hat er klar ein Recht, seine der schon vollendeten Werke in dem Auswahlband zu übergeben. Unbenutzt blieb einzig die „Familie Selide“. Von den bahnbrecherischen „Papa Hamlet“-Arbeiten, wozu dieses Drama des konsequenten Naturalismus gehört, fand überhaupt nur ein Stück Aufnahme, die Erzählung „Der erste Schultag“, in der, belläufig bemerkt, einige Namen durch neue ersetzt worden sind. Unter dem Uebertitel „Goldene Zeiten, Geschichte einer Kindheit“, reißt die Erzählung sich zwei Vieher aus der zweiten Auflage des „Buches der Zeit“ bekannten Bedichten an, der bitterpotentenden „Widmungspfeil“ und dem Peine, Zola, Ibsen feiernden „Prä-ludium“, die hier (erstere mit noch unbenannten einleitenden Versen) als Teile der Dichtung „Unserm Heiligenschein“ gegeben sind. Dies „Erbauungsbuch für meine Freunde“ entstand, wie man aus Holz' kunsttheoretischen Schriften seit dreißig Jahren weiß, unmittelbar nach dem „Buch der Zeit“, war ein umfangreiches Werk, ist bis auf jene beiden Stücke Vullstich geblieben und stellt ein Werk dar, das Holz' Anteil an den jüngstdeutschen kultur-satirischen Nachergängen der achtziger Jahre erstgradig kennzeichnet. Ueber den breiten Abgrund von drei Jahrzehnten springen folgende Verse herüber in die Gegenwart letzter Geschichten.

Du armes Volk! Als ob ein Paradies mit Blut und Tränen sich verdrückeren ließ! Mit wieviel Elend wirst du diesen Tag, mit wieviel wehen Wunden dir erkaufen, und wie verwüßt ich ich schon den Tag, wenn sich die Wasser wiederum verlaufen! Dann werden, was Jahrzehnte walt' zerfchmetter, Jahreshunderte von neuem aufzubauen, bis wieder mit dem neuen Morgenstau die alte Sinnsat neu vom Himmel wettet! So gart von Aberwieg und Überwahn die Welt wie ein derriegerter Vulkan und immer läufiger hört man sie sprechen das grimmige Wörtlein: Viegen oder Drechen!

Doch unterdessen walt' sich unsere Zeit aufs Phantastikland der Bequemlichkeit. Denn immer regnen noch wie reife Birnen Titanenkrone auf Pyramidensternen, noch immer geht von seinem alten Ruhm das lächerliche Gottesgnadentum!

Arno Holz hat der satirischen Dichtung der letzten Jahrzehnte Kräftiges und Lustiges geschenkt. Hätte er sein Myristerium „Die Bleichschmiede“, im Interititel genannt: „Der umgestürzte Papieren-tor“, statt wie vor zwei Jahren in einer schlußig-ultigen Zug-

11. die einfache Rechten: bereit, Hilferding mit Haut und Haaren zu schlinden, jedoch ohne den Gang nach Genf;
12. die rechten Rechten: Hilferding mit Genf;
13. die Ultrarechten: nur nach Genf, ohne Moskau.

Doch damit hält Futran seine Aufzählung noch nicht für erschöpft. Bei genauem Hinsehen gewahrt er noch Uebergangsfarben an manchen Stellen, dort zum Beispiel, wo die Parteimitglieder saßen, die zwischen Crispian und Stöcker gestielt, den Zusatz beantragten, daß die U. S. P., wenn der Besten die Zusammenkunft ablehnt, allein mit Moskau die Sache machen sollte. Dabei stellt Futran noch folgende Schattierungen fest:

1. Richtung, die diesen Zusatz verneint;
2. Richtung, die den Zusatz als eine logische selbstverständliche Folge der Crispianischen Resolution betrachtet;
3. Richtung, die diesen Zusatz als eine Verschärfung der Crispianischen Resolution ansieht.

Aber das ist immer noch nicht alles. Das durch dauernde Beobachtung geschärfte Auge Futrans entdeckt noch folgende Farbennüancen:

1. Vollständig unabhängige Unabhängige: die weder Gewalt noch Terror anwenden wollen;
2. schlicht Unabhängige: nur Gewalt, aber kein Terror;
3. von der A. P. D. abhängige Unabhängige: gegen Gewalt — Gewalt, gegen Terror — Terror;
4. reinkommunistische Unabhängige: gegen Gewalt sofort mit dem Terror usw. usw.

Dem Verfasser wird schließlich von all diesen Betrachtungen schwindelig. Wir glauben ihm das gern, aber seine Beobachtungen sind doch ganz zutreffend und beleuchtend trefflich die in Leipzig geschaffene „Einigkeit“ der U. S. P.

Die Stappenverbrecher.

Bei all den erschütternden Klagen, welche aus dem besetzten Gebiet zu uns kommen, müssen wir uns immer wieder sagen, daß das deutsche Volk und insbesondere die besetzten Gebiete ernten, was deutsches Militär im besetzten Feindesland gesündigt hat; wie denn überhaupt die Gemeinheiten auf der einen Seite immer wieder die Verwahrlosung auf der anderen neu anregt und durch das Gefühl, Unrecht zu vergeten, noch gesteigert hat. Natürlich konnte die deutsche Praxis in den besetzten Gebieten niemals die Tiefe des jetzigen Vorgehens der Ententetruppen erreichen, denn Deutschland hat gegen weiße Menschen nicht Neger und Mongolen losgelassen; außerdem war damals immerhin noch Krieg, und jetzt ist Waffenstillstand und „Frieden“.

Die Haager Landkriegsordnung läßt Requisitionen nur für den unbedingten Bedarf der feindlichen Truppen zu; was darüber hinausgeht, ist unrecht, und wenn es durch Gewalt erzwungen wird, Verbrechen. Nun ist in unserem Vormünder Parteivertrag Berich u. Co. eine Schrift

Charleville

Dunkle Punkte aus dem Stappenlesen

erschienen. Ihr Verfasser, Oberlehrer Dr. Wilhelm Appens, hat als sprachkundiger Unteroffizier bei der Kommandantur die ganze Herrlichkeit von Charleville mitgemacht und berichtet unter genauen Angaben Haarsträubendes über die schamlosen Diebereien, Plünderungen und Schiedungen von Offizieren aller Grade, die da in der Gemühtheit der Kriegsentzückung durch die anderen verübt wurden, die Räuber-reien der „Industrieplänen“ und Metallhammer, die elende Mißwirtschaft des Stappenmilitarismus, die empörende Willkür bei der Zwangsarbeit (selbst gegen Kinder) und vieles andere mehr. Der Mangel verhindert uns leider, einen Auszug zu veröffentlichen, der ohnehin nur höchst lächerlich sein könnte. Mehrfach betont der Verfasser, daß der Kronprinz, soweit er konnte, diesem Verbrechen entgegengetreten ist. Wir verweisen auf die nur 1,20 M. kostende Schrift von 38 Seiten und lenken insbesondere die Aufmerksamkeit des

ausgabe je in ganz wohlfeilem Druck herausgebracht, so wäre das in viel weiteren Umkreis bekannt. Nun mag der Bong-Band Versäumtes nachholen. Die „Bleichschmiede“ ist echt Holzische Berliner Spottzungenfertigkeit, ein Kunsterbum von Herrigel-Kupfpielungen auf ein Föschingsergebnis von tausendertei literarischen, künstlerischen, politischen und anderen Menschen und Dingen der erlebten Zeit, insbesondere der wilhelminischen, in Variationen, die von altertümelmelndem Paros bis zu Wilhelm Busch und immer bis zu den anpassungsgewandten Tonarten von Arno Holz reichen, den Vordrängen eines lustig geschundenen Pogajus, dem auch die Neutypismen des Phantastik-Formers zu genialen Erganzungen (der Einzugsbericht Wilhelms nach der Jerusalem-Reise) dienen. Wer das Phantastikwerk kennt, weiß, daß die Iyrischen Sondervergünstigungen, wie wir sie in dem Dalais-Buch Holz' haben, mehr als bloß mäßige Sillakrobastik dieses Dichters sind. Sie gehören zum Wille seines Wollens und werden ihm Ausdrucksmittel eines losgelassenen spahenden Humores. Es gehört zu den Merkmalen des Auswahlbandes, daß diese Zeugnisse von Satire und Humor betont im ganzen Werk hervortreten. Bis zu ihren feinsten Blüten im Phantastikwerk, aus dessen reicher Fülle ein dichter Strauß als abschließender Teil des neuen Bandes geboten wird.

Zum Schluß des Buches gehören vier Bildnisse, eins gezeichnet von Erich Kästner, drei von Carl Bauer, die den Dichter in der Folge der Lebensalter darstellen, und dann drei Notizenblätter von Georg Stolzenberg, die den Iyrischen Hauptteilen als Ueblich gegeben sind. So ist alles einheitlich hergerichtet. Und dazu gehört auch das dem Ganzen vorgelegte Autogramm des lampenflüchtigen Dichters „Künstler sein heißt den Mut haben, wie jene alten Christenprediger unter die Helden zu gehen und ihren Söhnen, während die Vorkämpfer und Feuer tanzten, den Kopf abzulegen!“

Das zweite städtische Volkstheater des Bühnen-Orchesters findet am 30. Dezember, 7½ Uhr, statt. Im Januar 1920 finden die Volkstheater an folgenden Tagen statt: 2. Januar: Hoppoldt-Bräuerel, 10. Brauerel Adyiglobt, 27. Hoppoldt-Bräuerel. Dr. B. Schenckflug, Literaturredaktion, im Reichsbureau, Rathausstr. 76, vorm. 11—1 Uhr, und Buchhandlung Formisist.

Im Weihnachtstheater des Bühnen-Orchesters am ersten Weihnachtstag, abends 7½ Uhr, im Bühnencafé, sind Sottinen: Berliner Solalzeit und Dr. Hans Radtke (Orgel). Am zweiten Feiertag: Tanz-mellen aus alter und neuer Zeit. Sottinen: Uebel Hans (Wenz) und Konzertmeister R. Lambson (Viol.). Dirigent: B. Schenckflug.

Der Bühnen-Kreislauf Felderhoff, ein Schüler von Bogas, der eben für eine große Gruppe „Mutter“ die wolkene Bedulle gemann, ist 55 Jahre alt, gestorben. Er stammte aus Widrig und gehörte seit sechs Jahren der Akademie der Künste an.

Jene Triest trägt am 29. Dezember, abends 7½ Uhr, in der Sing-akademie Dichtungen von Goethe, Alsbeth Berett-Dromwing, Anette von Droste-Hülshoff und Byron vor. Ihr die hangenden Kinder Blens!

Doktor-Angelica Ehrenhalber hat auf Antrag der Architektur-abteilung der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg die beiden Forscherin unter Paulsen, Prof. Dr. Wilhelm Dörpels, der langjährige Leiter des Archologischen Instituts in Wien, und Prof. Josef Dähmann gemessen.

Groß-Berlin

Eine Wochenration Fleisch.

Wir haben den Berliner Magistrat schon mehrere Male eruchtet, uns Auskunft zu geben, wo das Fleisch bleibt, das die Teilnehmer an Rassenpeisungen für ihre abgekochten Fleischkarten zu beanspruchen haben. Selbst, wenn sich die armen Opfer dieser Verfertigung dazu bereit erklären, die Holzstücke, den Brien und die Lederabfälle, die sie verschiedentlich finden, als Fleisch gelten zu lassen, kommt doch immer noch mehr heraus, was zu verlangen wäre, als dieses Stück Wurst, das wir heute zum besseren Verständnis in Lebensgröße vorführen. Dieses ist eine Wochenration, deren Dimensionen in natura abgemessen und von Zeugen unter Eid genommen werden können:



Natürliche Lebensgröße!

Das ist doch wohl etwas zu wenig. Wir haben volles Verständnis dafür, daß es schon deswegen kein Schweinefleisch gibt, weil diese Schweine geschächtet werden können, da ja das Schweinefutter in den Rassenpeisungen verabreicht wird. Es ist uns daher auch erspart geblieben, auch nur eine Spur von Grieben in das obige lebenswahre Bild einzzeichnen zu müssen. Doch so groß ist der Mangel an Rindviechern in Deutschland nicht, daß man nicht auch beim Essen etwas mehr davon schmecken könnte.

Norwegische Weihnachtsgabe für deutsche Kinder.

Ueber vierhundert kinderreichen bedürftigen Berliner Familien wurde am Freitag eine freundliche Weihnachtsgabe bereitet, indem an sie im norwegischen Generalkonsulat je nach Kinderzahl und Bedürftigkeit vier bis neun Pfund bester getrockneter Speck verteilt wurde, den das Vorgesetzte Komitee zur Unterbringung deutscher unterernährter Kinder als Weihnachtsgabe gefandt hatte. Eine gleiche Menge kommt von dort in Pelsig und Hamburg zur Verteilung.

Die Spender können der herzlichsten Dankbarkeit aller Deutschen versichert sein angeichts dieses neuen Beweises dafür, wie warm das norwegische Herz unseren unglücklich leidenden Kindern entgegensteht. Viele Tausende unterernährte deutsche Kinder sind im vergangenen Sommer monatelang in norwegischen Familien aufgenommen und völlig an Kindesstatt gehalten worden. Nicht zum wenigsten haben gerade minderbemittelte Familien ihren Stolz darin gesucht, das Beste für die so notwendige Kräftigung zu bieten. Mit großem Interesse folgen sie auch weiter ihren kleinen Sommergästen und unablässige Liebesgaben in Naturalien, Kleidungsstücken und Geld beweißen die große weitere Fürsorge. Alle diese Kinder, von denen manche noch in Norwegen geblieben sind, und ebenso deren Eltern, werden dankbaren Herzens an ihre norwegischen Pflanzeltern und die schöne dort im Norden verlebte Sommerzeit zurückdenken.

Der Millionendiebstahl in der Viktoriastraße aufgeklärt.

In überraschend schneller Weise ist es gelungen, den Millionenbruch aufzuklären, der in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der Viktoriastraße bei einem Großindustriellen, Geheimrat Sch., verübt und bei dem eine Münzensammlung im Werte von 600 000 bis 700 000 M., für über 600 000 M. Schmuckstücke und Brillanten, für 70 000 bis 80 000 M. Wäsche und eine vollständige, sehr wertvolle Brautausstattung gestohlen wurde. Es gelang bis jetzt, bereits einen sehr großen Teil der gestohlenen Sachen wieder herbeizuschaffen. Wie erfolgen darüber folgendes:

Am Donnerstag befand sich die gesamte Familie des Geheimrats Sch. in ihrer Villa in Wannsee, wo die Hochzeit der Tochter des Großindustriellen mit dem Oberleutnant B., dem Angehörigen einer bekannten Berliner Familie stattfand. Das junge Paar sollte nach in der Nacht nach Berlin zurückkehren und die Wohnung in der Viktoriastraße beziehen. Als die Koffer verpackt waren, entdeckten sie zu ihrem Schrecken, daß Einbrecher fast die gesamte Wohnung ausgeräumt hatten. Gewisse Verdachtsmomente deuteten

darauf hin, daß der auch der Kriminalpolizei seit Jahren als Einbruchsdiebstahl bekannte 27-jährige, mehrfach mit Justizhaus bestrafte Willi Kugler, Eichholstraße 15 wohnhaft, bei diesem Raub beteiligt sein müsse. In Abwesenheit des Kugler wurde in der Wohnung der Birin des „schweren Jungen“ eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Unter dem Wasserfaß fand man eine moderne Einbrecherwerkzeuge und — den Orden Pour le mérita, der dem Schwiegersohn des Geheimrates Sch. gehörte, sowie Schmuckstücke im Wert von 15 bis 20 000 Mark. Bald darauf erschienen mehrere „Freundinnen“ des Kugler, die gestanden, daß Kugler „das Ding mit dem langen Hamburger gebiebt“ habe, einem Einbrecher, der seit langen Jahren wegen schwerster Straftaten von der Staatsanwaltschaft gesucht wird. Schließlich kam der Kugler selbst, ein berulicht gebauter Mann, der ebenfalls festgenommen wurde, Sodann erschien auch der „Lange Hamburger“ auf der Bildfläche, der jedoch eine feine Witterung hatte und sich im letzten Augenblick durch die Flucht rettete.

Innerhalb einer Nacht sind die gestohlenen Münzen durch die Hände von nicht weniger als zehn Hehlern gegangen, bis sie schließlich zu einem großen Teil in der Grenadierstraße landeten. Die Brautausstattung wurde bei einem Mädchen Heddy Heil in der Kottbuserstraße festgestellt. Da inzwischen auch die Hebler ermittelt worden sind, bei denen der Rest der Beute untergebracht wurde, dürften die gestohlenen Sachen fast restlos wiederzuerlangen sein.

Der Postraub in der Wuhlsheide. In dem Raubüberfall auf den Landpostwagen des Postamts 17 in der Kottbuserstraße wird mitgeteilt, daß der Begleiter, der Postausbehalter Brock, unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist. Der Postillon Stagen dagegen, der zunächst in Verdacht geraten war, wurde nach Aufklärung der Vorgänge wieder auf freien Fuß gesetzt. Die beiden Räuber, die mit den Verhaftungen verschwanden, sind noch nicht ermittelt. Auf ihre Ergreifung hat die Oberpostdirektion jetzt eine Belohnung von 1 000 M. ausgesetzt. Für die Wiederbeschaffung des Inhalts der geraubten Pakete sichert sie außerdem Belohnungen von 10 v. d. des Wertes bis zum Höchstbetrage von 8 000 M. zu.

Die juristische Sprechstunde fällt am Heiligen Abend und am dritten Feiertag aus.

Das Fehlen des Berufsflusses ist der 48 Jahre alten Ehefrau Marie Schuberth aus der Belfortstr. 158/154 zu Neukölln verhängnisvoll geworden. Die Frau verlor den Sinn vor einiger Zeit durch eine Krankheit. Als sie nun gestern während des Geschäftsbewachens aus Versehen einen Gasbehälter des Kochers offenstehen ließ, merkte sie nichts von dem austretenden Gas und atmete es so lange ein, bis sie bewusstlos zusammenbrach. Als man sie auffand, war sie schon tot.

Für 200 000 M. Anzüge und Stiefel geklopft. 20 000 M. Belohnung. Reiche Beute machten Geschäftsinhaber in der Nacht zum Sonntag in der Pappelallee 2. Sie drangen dort über eine Feuerleiter in die Räume des Konfektionsgeschäftes von Josef ein und stahlen für 200 000 M. Stoffe und fertige Anzüge. Auf die Wiederherbeschaffung der gestohlenen Sachen ist eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt.

Stundungs- und Teilzahlungsgefuche bei Steuerrückständen. Die Steuerdeputation des Magistrats Berlin bittet uns, darauf hinzuweisen, daß täglich bei den Steuerämtern eine große Anzahl von Gesuchen um Stundung der Steuern oder Verwilligung von Teilzahlungen eingeht, die weder eine Begründung noch einen Zeitpunkt, bis zu dem Stundung beantragt wird, oder eine Angabe über die Höhe der Teilzahlungen, in denen die Schuld getilgt werden soll, enthalten. Die Eingehung kann auf Grund solcher Anträge nicht ausgeführt werden. Es liegt daher im eigenen Interesse der Steuerzahler, ihre Gesuche eingehend zu begründen, und anzugeben, bis wann Stundung beantragt oder in welcher Höhe Teilzahlungen geleistet werden sollen, um Rückfragen zu vermeiden, da die Gefahr naheliegt, daß die Zwangsvollstreckung einsetzt, ehe das entsprechend verbodständige Gesuch wieder eingegangen ist.

Die Steuerdeputation ist übrigens nicht berechtigt, Gesuchen zu entsprechen, die Teilzahlungen anbieten, welche zu der Größe der gesamten Steuerreste in keinem Verhältnis stehen oder Stundung auf unbestimmte Zeit verlangen, da sie nicht nur die Interessen der Steuerzahler allein wahrnehmen kann, sondern auch die des Staates und der Gemeinde berücksichtigen muß.

20 000 Paar Wollstrümpfe beschlagnahmt. Die Heeresgutverwertungsstelle teilte uns mit, daß sie sechs die Beschlagnahme der Strümpfe veranlaßt hat, um eine behördliche Klarstellung der Herkunft der Ware zu erwirken.

Die lästliche Wanderausstellung (zur Zeit im Norden Berlins in der Knie der Gemeindefschule in der Antonstraße, Eingang Plantagenstraße)

wird an beiden Weihnachtstagen sowie am Neujahrstage von 10-3 Uhr geöffnet sein. Am 2. Weihnachtstag 11 Uhr vorm. Vortrag mit Führung. Am 24. und 31. Dezember wird die Ausstellung bereits um 5 Uhr nachm. geschlossen.

Neukölln. Stadterbordenversammlung. Debatten über Unterrichts- und Erziehungsfragen nahmen einen großen Teil der gestrigen Sitzung in Anspruch. Die Unabhängigen fragten den Magistrat, was er zur Durchführung des im Juni angenommenen Antrages auf allgemeine unentgeltliche Lieferung der Lehr- und Lernmittel getan hat. Auf die Begründung durch die Stadtverordnete Frau Schüb. (l. Soz.) antwortete Stadtschulrat Buchenau: Die Kosten sind für Neukölln auf 1 Million Mark pro Jahr veranschlagt. Wegen dieser Höhe hat die Schuldeputation die Sache vertagt und zwar einstimmig. Auch die Unabhängigen haben nichts eingewendet. Frau Schüb.: Ich war nicht da! (Gelächter). Buchenau wies weiter darauf hin, daß Wünsche auf Lehr- und Lernmittelgewährung stets erfüllt werden. Beschwerde sei nicht ein einziges Mal gekommen. — Die sozialdemokratische Fraktion beantragte: Nachdem der Deutschnationale Jugendbund auf deutlichste Weise gezeigt hat, daß er Tendenzen verfolgt, die nicht nur die Republik schädigen, sondern sogar die Wiederaufrichtung der Monarchie und die Wiedereinführung des Militarismus zum Ziel haben, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß jede Agitation dieses Bundes an unseren Lehranstalten unterbunden wird. Wegen Schulleiter und Lehrkräfte, die diese Agitation auch weiterhin dulden oder unterstützen, ist das Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Entlassung aus dem Amte zu beantragen. Stadts. Wille (Soz.) führte zur Begründung aus: Wir wollen ernst und eindringlich warnen. Auch in Neukölln ist das Treiben des Deutschnationalen Jugendbundes zu spüren. Probefunktionen, wie in Berlin und anderswo, würden in dem sozialistischen Neukölln unübersehbare Folgen sein. Vorzüglich soll die Jugendpolitik aufgeklärt werden. Aber in die Schule gehört die Politik nicht hinein. Unser Antrag richtet sich nur gegen die Lehrer, die sich in den Dienst einer Partei stellen. Die Eltern mögen die Augen aufmachen; sie sollen da nicht so gleichgültig sein. Es sollte nicht vorkommen, daß selbst Kinder sozialistischer Eltern in den Deutschnationalen Jugendbund gehen. Dort wird (Redner verlas Proben davon) Völkerverhetzung und zur Rache aufgehetzt, und auch eine antisemitische Tendenz tritt deutlich hervor. Neuköllner Schwestern haben auch, dem die Agitation unterliegenden Ministerialeich zum Trost, sich in den äußeren Dienst der Deutschnationalen gestellt. Schüler haben dort für den Jugendbund agitiert und seine Absichten getragen. Unsere Kinder sind uns zu wertvoll, als daß wir sie unter politischer Agitation in der Schule selbst lassen wollten. Stadtschulrat Buchenau versicherte, die Direktoren der betreffenden Schulen hätten ihm ernstlich versprochen keine Agitation mehr zuzulassen. In diesem Punkt sei aber von allen Parteien schon gefordert worden. Rande allen Direktoren hätten allerdings unterbehalten sein. Reinesfalls werde der Magistrat die Parteipolitik in den Schulen dulden. Stadts. Oberlehrer Dr. Vierbach (Würgerliche Fraktion) erzählte ein Langes und Breites von der Harmlosigkeit seiner deutschnationalen Freunde und klagte über die angeblich ungeduldige Bedrohung der deutschnationalen gestirnten Lehrer durch diesen Antrag. Die Demokrate unterführten den Antrag, ebenso die Unabhängigen. Ein Redner der Unabhängigen glaubte aber darüber schimpfen zu sollen, daß die Rechtssozialisten „so spät damit gekommen“ seien. Nach fast dreistündiger Debatte wurde der Antrag angenommen.

Volkshochschule Neukölln. Um neue Stelle aller Berufsmaschinen von Neukölln mit dem Zweck, dem Ziele und der Einrichtung der hiesigen Volkshochschule bekannt zu machen, werden bekanntlich Werkstätten an derine, Gewerkschaften, Verbände in Neukölln auf Wunsch in beliebiger Anzahl von der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Rathaus Neukölln, Zimmer 118, zugestellt bzw. abgegeben.

Neukölln. Der Inhaber des „Loh Rathons“ teilt uns mit, daß er sein Lokal während des Streiks der Bauarbeiter geschlossen gehalten und die Belieferung von Seiten des Magistrats genüge für die Aufrechterhaltung seines Betriebes, nicht getan habe.

Weihnester. Gemeindervertretung. Zum Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts wurde der Syndikus Dr. Rahm u. S., als Mitglied in den Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule Herr Ernst Kuehler (I.S.P.) und als Beisitzer für den 15. Bezirk Emil Hillrich (S.P.D.) gewählt.

Der Pferdemarkt ist von der Gemeinde in eigene Regie übernommen, mit Ausschluß der Gastwirtschaft. Mit der Konsumgenossenschaft Bienenberg, welche im alten Ortsteil einen Laden auf 10 Jahre mieten will, wurde ein entsprechender Vertrag abgeschlossen. Die Gemeindefurnhalle, die jetzt wieder in Benutzung genommen wird, soll den Turnvereinen wie bisher überlassen

Montrose.

51) Detektivroman von Sven Eberhard.
„Was sind Sie für ein Frechdachs?“ fragte Vol. „Sind Sie vielleicht mit Dora verheiratet, wie?“
Worauf er wieder in den Stuhl sank und die Tischdecke mit sich zog.
Der Fremde sagte wieder vor ihm Posten.
„Wir haben sehr wenig Zeit.“ sagte er.
„Wir.“ rief Vol, wie mit einem Schimmer von Verunsicherung, „wird Sieheren Sie sich meinerwegen zum Teufel, ich habe reichlich Zeit. Ich brauche nicht vor 1924 in meinem Kontor zu sein.“
Die lange Jahreszahl verurteilte ihm Schwierigkeiten, Knechtlich oder glückte es ihm doch, sie hervorzuholen.
„Es ist wirklich schade um Ihr Talent.“ sagte der Fremde und lachte höhnisch. „Sie hätten Schauspieler werden sollen. Vielleicht wäre es Ihnen sogar gefallen, auch mich zu küssen, wenn ich Sie nicht bereits seit mehreren Stunden beobachtet hätte. Jetzt kann es genug sein.“
So leicht aber ließ Vol sich nicht schrecken. Er redete weiter dummes Zeug von Dora und Champagner.
Da rief der Fremde:
„Harry!“
Sinter dem Bettvorhang kam eine neue Gestalt hervor, ein untersehter seemännisch gekleideter Mann, der einen Summbaton in der Hand hielt.
„Da sehen Sie meinen Freund Harry.“ sagte der Fremde fast freundlich. „Beachten Sie, was er in der Hand hält, und beachten Sie seine kräftigen Arme. Können Sie sehen, daß der Totschläger Appetit auf Sie hat, er wedelt bereits mit dem Schwanz. Hallo, nein, lassen Sie Ihre Hand von der Tasche! Noch eine Bewegung und es ist aus mit Ihnen. Nimm ihm das kleine Ding ab, Harry. Sieh mal einer an, eine hübsche kleine Waffe, D. Coll. Mod. II 1910, ein Pistolenrevolver, dachte ich mir's doch. Wir wollen jetzt ein ernstes Wort miteinander reden, es ist die höchste Zeit. Wir müssen nämlich eine sehr wichtige Angelegenheit verhandeln, mein Lieber.“

Vol richtete sich auf.
„Nehmen Sie Platz.“ sagte er, „ich liebe es nicht, mit stehenden Personen zu sprechen, wenn ich selbst sitze.“
„Gut, das ist ein anderer Ton.“ sagte der Fremde und ließ sich Vol gegenüber am Tisch nieder. Er spielte wie Herzog mit Vols Revolver, und Vol hielt den Blick auf seine Finger gerichtet. Der Fremde jahen seine Gedanken zu erraten.
„Nein.“ sagte er, „nein, Sie haben nichts zu fürchten. Wir spielen nicht mit solch geräuschvollen Dingen. Deshalb sollten wir die frohen Menschen dort unten in ihrem Vergnügen hören.“ Dagegen dürfen Sie meinen Freund Harry mit dem Totschläger nicht vergessen. Wie Sie vielleicht die Güte haben zu bemerken, steht er neben Ihnen. Er wartet nur auf einen Wink von mir. Es kommt nur auf Sie an, ob ich ihm diesen Wink geben soll.“
„Wo haben Sie solch gebildete Sprache gelernt, Lobbi?“ fragte Vol.
„Ich heiße nicht Lobbi.“
„Na, dann meinerwegen Tommi oder irgendein anderer Name vom Hasen. Sie sind sicher einmal Fahrstuhljunge oder dergleichen gewesen und man hat Sie verabschiedet, weil die Tischen der Reisenden nicht sicher vor ihren Fingern waren.“
„Harry.“ sagte der Fremde sanft, „lieber Harry —“
Vol lachte.
„Sie haben mich nicht hierher gelockt, um mich gleich totzuschlagen.“ sagte er. „Ich nehme an, daß ich meine Sinne beisammen behalten werde, bis ich erfahren habe, was Sie von mir wünschen. Jetzt, meine Herren Schurken, bitte ich Sie, sich zu beeilen, denn ich habe nicht die Absicht, es in der Zwischenzeit an Schimpfworten fehlen zu lassen.“
„Was wir wünschen, läßt sich mit wenig Worten sagen.“ sagte der Fremde, „wir wollen, daß Sie einen Brief schreiben.“
„Und wenn ich mich weigere?“
„Das ist undenkbar.“ antwortete der andere lachend. „Sie werden diesen Brief schreiben.“
Vol beobachtete seinen Gesichtsausdruck und mußte im stillen zugeben, daß er vielleicht dazu gezwungen werden würde.

XXXVI. Pöls Brief.

Obgleich der Bicomte im stillen zugab, daß Gefahr im Anzuge sei, verriet sein Auftreten nichts davon. Im Gegenteil. Er war sich nicht klar über die Absicht der Banditen und es war ihm recht zweifelhaft, wie das Abenteuer verlaufen würde. Aber er besand sich hier einer neuen Sensation gegenüber, die seine Kerben ägelte, und deshalb war er im Grunde sehr vergnügt, was er auch durch gute Laune an den Tag legte. Es fehlte nur eine Tasse Kaffee oder ein Glas Wein, damit es den Anschein hatte, als ob er in einem Salon säße und über die gleichgültigsten Dinge der Welt konversierte. Sein gleichgültiges Auftreten reizte die andern.
„Ich kann mir denken.“ sagte er, „daß keiner von den Herren Banditen einen Brief schreiben kann. Ein Mann mit solcher Stirnlocke wie Sie, Tommi, kann natürlich nicht orthographisch richtig schreiben. Falls ich einen Brief für Sie an Ihre Herzliebste schreiben soll, dann können Sie überzeugt sein, daß niemand solch echte Gefühle in einem Brief ausdrücken verriecht wie ich. Gestern habe ich erst einen Brief für meine Köchin geschrieben an ihren Soldaten. Geliebter Roland, so fing ich an. Nein, nein, mein lieber Harry, schwanken Sie den Totschläger lieber nicht so fertig durch die Luft. Er könnte mich treffen und ein bewußtloser Mann kann nicht mehr schreiben. Also, meine Herren Abschaum, wenn es sich um einen Liebesbrief handelt, so bin ich bereit. Ich begreife nur nicht, warum Sie sich so viel Ungelegenheiten machen wegen einer ganz gewöhnlichen Liebesepistel an Ihre Köchin. Ich hätte auch für weniger zu Diensten gestanden. Heißt sie Kathinka? Ist sie sehr schön? Wie beliebt, mein lieber Tommi? Sie lachen in Gedanken an die Schöne, bravo, oder zeigen Sie nur Ihre Zähne?“
„Eine Minute.“ sagte Tommi und legte seine Uhr vor sich auf den Tisch.
„Wie beliebt?“ fragte Vol, „was meinen Sie?“
„In einer Minute halten Sie Ihren Schnabel.“ antwortete der Mann mit der Stirnlocke und indem er seinem Kameraden einen Wink zuwarf, fügte er hinzu.
„Hast du verstanden, Harry.“
„Ja freilich“, antwortete Harry, indem er den Totschläger hin und her schwang, um ihn in Schwung zu bringen.
(Fortf. folgt.)

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Königskinder.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Schauspielhaus.
Peer Gynt.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Und Pippa tanzt.
Donn. 7 1/2: Jankows Traum.
Kammerspiele.
1 Uhr: Advent.
Donn. 7 1/2: Frühlingsfirchen
Abends 7: Advent.
Fr. Schauspielhaus
7 1/2: Orestie (15. Abt. 1. Abd.)
Donn. 7 1/2: Orestie (15. Abt.)

Volksbühne
Theater a. Solowpl.
7 1/2 U.: Predigt in Litauen.
Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/4 Uhr: Pygmalion.
Mittwoch geschlossen.
Donnerst. 3. Der rote Hahn.
Abends 7 1/2: Pygmalion.
Freitag 3. Der rote Hahn.
Abends 7 1/2: Pygmalion.
Deutsches Künstler-Theater
7 1/4 Uhr: Cyprienne.
(Konstantin, Götz, Waller)
Mittwoch geschlossen.
Donnerst. u. Freit. 3: Dies Irac.
Abends 7 1/2: Cyprienne.

Central Theater
a. Kaspern - Sanfentbr. 57.
Dir. Walter Kollo. 57.
Ab 1. Weihnachtsoferteag 7 Uhr:

Frl. Duff.

Bombelle in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.
Ruhf. von Walter Kollo. In Szene gesetzt von Franz Arnold.
— Länge einstudiert von Balletmeister Robert Reffel. —
Soubrette: Helene
Paul Heidemann.
Alice Seehy. Raat Senfleer.
Gustav Jahrbod. Dominik Löfcher.
Edo Stimmund. Karl Blasen.
Vorverkauf an der Kasse, Theater, Soubrette

Königgrätzer Straße
1/2 U.: Schloß Westerstein
Donnerst. nachm.: Musik.
(Klara: Maria Orska.)
Abends: Schloß Westerstein
Freitag nachm.: Musik.
(Klara: Maria Orska.)
Abends: Schloß Westerstein
Donn. 7 1/2: Schloß Westerstein

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Am goldenen Horn.

Berliner Theater
11 1/2 U.: **Bummel-Studenten**

Central-Theater
Heute geschlossen wegen
Vorbereitung zur Premiere
Fräulein Puck.
Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Parsifal.
Die Tribüne
7 1/2 Uhr: „Die Wandlung.“
Eden-Theater
7 1/2 U.: „U. A. W. G.“
An beiden Feiertagen 3 Uhr:
Der Regimentepapa.
Friedr. Wilhelmstr. Th.
7 1/2 Uhr: Gretchen.
Kleines Theater.
7 1/2 U.: Die unheimliche Frau
Kl. Schauspielhaus
7 1/2 U.: Albine und Anjust
oder: Freut Euch d. Lebens
Komische Oper
7 1/2 U.: Dichterkiebe.
An beiden Feiertagen 3 1/2 U.:
Schwarzwaldbädel.
Lustspielhaus
Arnold Rickert in:
7 1/2 U.: Der Großstadt-Kavaller
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
An beiden Feiertagen 3 Uhr:
Charles Fante mit Theaters
Nouveau Operettenhaus.
7 1/2 U.: Die Dame vom Zirkus.
An beiden Feiertagen 3 1/2 U.:
Die Kausche Susanne.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 U.: Der Bund der Jugend.
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Die närrische Liebe.
Th. am Kolonnenplatz
7 1/2 Uhr:
Der Negerhelfer
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Frau im Hermelin
An beiden Feiertagen 3 1/2 U.:
Die lustige Witwe.
Theater d. Friedrichstadt
7 1/2 Uhr: Die Rutschbahn.
Wallner-Theater
7 1/2 U.: Eine Ballnacht.
An beiden Feiertagen 3 1/2 U.:
Gisela mit Mia Werber.

Apollo-Theater
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 218
Allabendlich 7 1/2
3 1/4 Abend-Feier-7 1/2
tagen Vorst.
Unübertreffliches
Variété-Programm
U. a.:
Lo Kiffay
der weltberühmte
Gedankenüber-
trager, macht jed.
Menschen willen-
los. Zum 1. Male a.
ein. Verfilmung
Badminton-Todesstrafe
aus der V. Etage
4 Roughys
Filgende Akrobaten
12 Variété-Sensation.
Sonn- u. Feiert. jed.
jed. Erw. 1 Kind frei

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman
Auf vielseitigen Wunsch
und der großen Nachfrage
wegen sehr ich mich zu
einer Verlängerung des
Films veranlaßt.
Das Recht
der
freien Liebe.
Ausehenerrögend. Drama
in 7 Akten.
Hauptrolle:
Magnus Stifter
Käte Richter
Pietro Scholz.
Harichon
wird eingeseift.
Lustspiel in einem Akt.
Hauptrolle:
Karlchen Plagge.

Metropol-Kabarett
BEHRENSSTR. 54
in ihrem
SIRETSCH
Pat-Pat
mit Fritz Berger
MUSIK - SIRETSCH
Auswärtigen durchgehend
GELDLOS. PRÄMIEN. 1000
BILDUNG. 1000
Besuchen gewollt.
Wochenkonzert. 12-14 u. 4-8 Uhr.
Vorverf. 11-14 u. 4-8 Uhr.
Gr. Weihnachts-Programm!

Wintergarten
7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Madame Dubarry
Turnstr. 13
Ich klage an!
Alexanderplatz-Passage
Friedens, Reichstr. 14.
Lillis Ehe

Reichshall-Theater
Wende 7 1/2. Sonntags
und Feiertagen
nachm. 9 Uhr:
Eietiner
Sänger.
Reichshall-Str.

Admirals-Palast
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Circus Busch
Täglich 7 1/2 Uhr.
An allen vier Weihnachts-
Feiertagen 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr:
Das großartige Progr. !
N Orig-Lasso-Sport- N
u Spiele zu Pferde. u
Schreckensfahrt a. Motor-
an steller Wand
u. u. u.
Aphrodite
Morgen Mittwoch, Heilig-
abend geschlossen.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die im Schatten leben.
Film-Palast
Kammersäle
Balleallianzstr. 8
Ecke Teltower Str.
Uraufführg.
Der Teufel u.
die Madonna
Hauptrolen:
Magnus Stifter
Gertrude Welcker.
Ferner:
Der lustige
Ehemann
Lustspiel in 3 Akten.
Wochentags: Sonntags:
7 Uhr 4 Uhr
Kassenöffnung:
Eine Stunde vor Beginn.

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karstr., Schillbaurdamm.
Paul Gractz
Charlotte Dorree
Blondine Ebinger
Lala Herdmenger
Hans Junkermann
G. v. Wangenheim
H. H. v. Twardowski
Friedr. Holländer
Kluband
Eröffnung 7 1/2, Beginn 8 1/2 U.

JAPALAST
AM ZOO

Unwidereruflich
bis 1. Januar
Die Puppe
mit Ossi Oswald
Regie: Ernst Lubitsch
und persönliches Auftreten
BALLETT
CHARELL
Ab
Freitag, den 2. Januar
Henny
Porten
in
Monita Bogelfang
Beginn: 7 und 9 Uhr
Sonntags: 4, 6, 8 Uhr
Vorverkauf 11-1 (ohne Aufschlag)

Tomdorf-Betriebe
Gd. Kass. Zentrale
Stunden-Restaurant
Unter den Linden 44
und Friedrichstraße 87
Berechnetes Wein-
und Bier-Restaurant
Geputzte reine Bier
Spezialität: Pilsener Unge-
wässeltes Lagerbier
Wittgen u. Rosenkranz
Kapelle Reichlich.
Nichtig geputzt Verpflegung.
Sonndorf
Unter den Linden 88
Kaffee - Diele - Bar
Abends: Misa - Konzerte
Nachm. u. Abend-Konzerte
Kapelle Wilmann, Wagner
Gipsu Wilmann, Wilmann
Kaffee-Verbreitung nach
Kochbuch etc.

Möbel auf Kredit
Kleine Anzahlung - Bequemste Ab-
zahlung - Größte Richtigkeit.
Ganze Möbel gebe bereitwillig ab.
Bei Verzögerung bedeutende Preisermäßigung.
M. Landwehr
Wiltbergstraße 7, eine Treppe.
Kreditkarte nehmen in Zahlung.
Sonntags geöffnet.

Personal 5400

VOMAG

Lastkraftwagen
Vogeländische Maschinenfabrik A.G.
Plauen/V.

Rotationsdruckmaschinen :: Offsetmaschinen.
Verkaufsbureau für Berlin und Provinz Brandenburg:
Berlin W 66, Leipziger Str. 123a, Ecke Wilhelmstr.

Das schönste Weihnachts-Geschenk!
Sprechmaschinen
Schallplatten
Violinen
Mandalinen
Gitarren
Lautens
Zithern
Mund- und
Zieh-
harmonikas.



Beil & Voss-Musik
BERLIN C 54 ROSENTHALERSTR. 10-17
TAUENTHIERSTR. 5 - BADSTR. 42-43
EIGENE REPARATUR WERKSTÄTTE

Preiswerte Schuhe & Stiefel.
für
Damen Herren
Kinder
in großer Auswahl -
SCHUH-HAUS
ERICH-LEISER
Gr. Frankfurterstr. 102 E Stock
am Straußberger Platz

Goldene Remontoir-Uhr
Vorgibt geben in überst goldener
Ausführung, großes Format, mit Spring-
edel, sehr gut, sehr schön, sehr
für seine Zeit gold wert, auf ganz
Gang geprüft, kostet nur 25.-
vielleicht mit Schmeißer Wert 50.-
In größter Auswahl: sehr silberne und
14K goldene Herren-
Uhren, Kavaller-Uhren, Table-Uhren, Arm-
band-Uhren, Damen-Uhren, Leuchtuhren u.
mit Gebirg - genau reguliert.
E. Möbis, 14 Bouthstr. 14
(a. Spittelm.)
Zugang zum Schloss, Verkauf nur im Laden.

Alte Gebisse!
Kein gewöhnl. Platinzahn unter 8,- M.
Platin Gramm 131,- M. (nicht bis)
Besser verarb. Zähne, Braunzähne u. obig. Platin-Gesicht.
Stets höchstzuverlässig!
Ankauf Berlin w. Krausenstr. 56-58, Zimm. 1pt. (Hotel)
Täglich 10-6 Uhr. [730] Vogler, Berlin.
(Sonntag, den 27., kein Ankauf)

Weihnachts-Gaube
bestes
Grammophon- Gramola
in jedes Haus
Grammophon-Specialhaus
Berlin, M. 8
am: Friedrichstr. 74 &
Platz: Potsdamer Platz
Beste Beschaffenheit auf Wunsch bereitwillig
Geschenk von Dokumenten und Platten
in allen Ausführungen, ohne Aufschlag.

Was in jeder Ehe fehlt,
das ist das von Friedr. Robert jetzt bereits in
6. Aufl. erschienen, mit 46 vortrefflichen, den
Text erhellenden Abbildungen versehenes Werk
„Die Offenbarungen des Geschlechtlichen“
Das Urteil aller ist einzig günstig. Von der
Wissenschaft ist das Buch rückhaltlos aner-
kannt, leider war das Buch in letzter Zeit verboten.
Wer das Glück seiner Ehe festigen will, wer
die Qualen, die die Gatten während der ganzen
Geschlechtsperiode empfinden, vermeiden
möchte, dem empfehlen wir die wissenschaft-
lichen Aufklärungen, wie solche in dem Buche
„Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“ en-
halten sind, aufs angelegentlichste, es wird wie
eine Befreiung von Not und Pein empfunden
werden. Dieser Vorräte wegen ist dieses Buch
beliebt, wie kein anderes in der Ehe.
Preis M. 2.50, Nachh. 60 Pf. teurer. 164/10*
Linsner-Verlag, Berlin-Pankow 100 I.

Trauringe
DUKATENGOLD 900
14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold
von M. 29,75 an.
Verkauft direkt an Privat!
Goldwaren-Fabrik
J. Weinstock G.m.b.H.
Zentrale: Berlin, Wahrenstraße 16 am U.-Bahnhof
Friedrichstraße
Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke.
Kottbuser Damm 24.
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 3, Tauentzienstr. 6
Schöneberg, Grünwaldstraße 15.

Gold in jeder Form u. Menge
auch **Platin** für hohen
Zähne **kauf** Preis!
Silber
Goldwaren-
Fabrik
J. Weinstock G.m.
b.H.
Mohrenstraße 16
a. U.-B. Friedrichstr.
Alexanderstr. 14a, Charlottenb., Stutt-
garter Platz 3, Tauentzienstraße 6,
Schöneberg, Grünwaldstr. 15, Kott-
buserdamm 24.
Achtung! Kein Laden.
Geöffnet 9-6.

Trauringe
Dukatengold 900 gest. Stück M. 130, 14 kar.
585 gest. 8 kar. Gold von M. 80 pro Stück.
Ankauf altes Gold, Silber, Platin, Brillanten
und Zahngebisse. — Zahl höchst Preise.
Mlnoga, Berlin O., Grüner Weg 69.
Telefon: Alexander 2430.

für Kriegsverbrechen zuständigen parlamentarischen Untersuchungskommissionen und der zivilen und militärischen Staatsanwaltschaft auf sie. Bei schleunigem Eingreifen müßte es wohl möglich sein, noch ganz erhebliche Mengen der geraubten Einrichtungsgegenstände zu bringen. Dieses ist freilich gerichtlich nicht möglich, verrotten und verdorben. Und das deutsche Volk muß alles bezahlen!

Zustizheutelei.

Die alldeutsche Presse hat eine epochale Entdeckung gemacht. Die Rechtsprechung ist in Gefahr! Noch mehr: sie ist in Gefahr durch die preussische Regierung selber! Und mit rühmlichen Strohballstränen wird darauf hingewiesen, daß es in Preußen etwa 300 offene Richterstellen gibt, die seit Jahren nicht besetzt, sondern kommissarisch durch Assessoren verwaltet werden. Der noch nicht festangestellte Assessor aber genießt nicht dieselben Garantien der Unabhängigkeit (Unabsehbarkeit und Unversehrbarkeit) wie der ordentliche Richter.

Sehr richtig! Aber haben wir diesen Zustand denn erst seit gestern, erst seit dem 9. November 1918? Die Herren Alldeutschen mögen sich erinnern, daß diese Einrichtung eine Erbschaft des alten Systems ist, das niemals zu bewegen war, davon zu lassen. Und das hat nun seine guten Gründe: war doch das Hilfsrichtertum eines der besten Instrumente der Klassenjustiz. Als Bismarck in der Konfliktzeit der sechziger Jahre einen preussischen Abgeordneten, den Demokraten Twisten, wegen einer im Parlament — also unter dem Schutze der Immunität — getönten Äußerung ins Gefängnis bringen wollte, wurde Twisten von zwei Justizsenatoren freigesprochen. Da brachte Bismarck die Sache vor einen mit fünf lauter Hilfsrichtern besetzten Senat des preussischen Obertribunals, und dieser besann es fertig, mit roburistischen Spitzfindigkeiten das Recht der Immunität zu verneinen, weil es sich nicht auf im Parlament ausgesprochene Verleumdungen erstreckt!

Diese Verlegenheit wurde zum Anlaß, daß später in das Gerichtsverfassungsgesetz eine Bestimmung kam, wonach beim Reichsgericht Hilfsrichter nicht mehr fungieren können. Aber bei allen anderen Gerichten blieben sie zugelassen, und gerade die Strafkammern, welche die härtesten Urteile gegen Sozialdemokraten fällen, waren oftmals bis über die Hälfte mit Hilfsrichtern besetzt. Eine Königsberger Strafkammer z. B., die in dem sogenannten „Schönfäulnisprozeß“ ein geradezu wahrhaftiges Majestätsbeleidigungsurteil gegen einen sozialdemokratischen Redakteur fällte, zählte von fünf Richtern vier Hilfsrichter!

Die heutige Regierung hat sicher kein Interesse daran, solche Zustände zu vermeiden. Die Zahl von 300 Hilfsrichtern ist denn auch tatsächlich weit geringer, als die Zahl der Hilfsrichter unter dem alten System. Die Regierung sollte ruhig das Institut ganz beseitigen. Die Alldeutschen aber sind die Leuten, die das Recht haben, sich darüber zu bekümmern, daß keine Reste noch bestehen. Denn, wieder zur Macht gelangt, würden sie die ersten sein, es wieder einzuführen.

Falsche Beschuldigung.

Der englische Marineminister Churchill hat im Unterhaus behauptet, daß Deutschland noch soviel tausend Geschütze, Maschinengewehre und Flugzeuge auszuliefern verpfichtet sei. Dazu erfahren die V. V. N. an zuständiger Stelle, daß Deutschland die Waffen- und Flugzeugablieferungsverpflichtung aus dem Waffenstillstandsvertrag reiflos erfüllt habe.

Die Reichswehr umfaßt einschließlich aller Abwidlungsklassen 280 000 bis 300 000 Mann, worin die 20 000 Mann zur Bewachung der durch die Entente an der Rückkehr verhandelten gefangenen Russen mit einbegriffen sind. Freikorps existieren nicht mehr. Die Zeitfreiwilligen, die sich lediglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung stellen, werden nur in Zeiten der Gefahr teilweise verwendet, wenn durch mangelhafte Werbung oder stärkere Kündigung Lücken entstanden sind. Die Sicherheitspolizei dient dazu, verbrecherische Elemente im Raum zu halten. Die Einwohnerwehren sind bewaffnet, um Gas und Gut gegen Blinderungen schützen zu können.

Am 1. April 1920 wird die Reichswehr gemäß den Forderungen des Friedensvertrags nur 100 000 Mann zählen. Die Verwendung der Zeitfreiwilligen hört in dem Moment auf, in dem der Friede in Kraft tritt.

Sturm in der italienischen Kammer.

In der italienischen Kammer empfahl Nicolai eine programmatische Erklärung namens der Sozialisten, in der diese alle Forderungen der anderen Parteien sowie der Regierung zur Zusammenarbeit zurückweist und betont, sie werde die Regierung nur nach eigenem Ermessen übernehmen. Wie sind und, sagte Nicolai, der Verantwortung bewußt, die wir übernehmen, indem wir die Dinge auf die Spitze treiben. Italien hat sich weder auf eine gute Kriegsführung, noch auf einen guten Friedensschluß verstanden. Italien, der irdene Topf zwischen dem eisernen englischen und deutschen Löwen, muß in Stücke gehen. Ueber dieses Bild sprach auf dem anderen Banker Sturm los.

Ministerpräsident Ritti hielt eine große Rede, in der er vornehmlich auf die Behauptungen der Redner in den vorangegangenen Sitzungen antwortete und erklärte, daß Italien in Europa zugunsten einer Politik des Friedens arbeiten wolle. Bezüglich der Vorklagen bezüglich Ritti, daß Italien die freundschaftlichsten Beziehungen zu Süd-Slawien auszuwickeln wünsche. Die Frage von Fiume habe für Italien eine moralische, nicht aber wirtschaftliche Bedeutung. Die Alliierten hätten Italien hierin niemals Schwierigkeiten bereitet. Dieses Problem dürfe nicht von einem den Alliierten feindseligen Standpunkt aus betrachtet werden. Die Regierung arbeite in der Frage von Fiume darauf hin, Konflikte zu vermeiden. Die von der französischen Regierung formulierten Vorschläge bildeten ein Minimum. Die große Mehrheit der Bevölkerung von Fiume habe sich für die Annahme der Vorschläge der italienischen Regierung ausgesprochen. Frankreich und England ihrerseits hätten ihre freundschaftliche Billigung, wenn nicht ihr volles Einverständnis gegeben. Nachdem Ritti seinem Vertrauten in die Zukunft des Landes Ausdruck gegeben hatte, hob er die Notwendigkeit einer Anleihe hervor und erklärte sich zur Annahme der Tagesordnung Molliasi bereit.

Als Ritti den Sozialisten zurück, wenn sie den Kampf wollten, dann hätten sie erfahren, daß der Staat stärker sei als sie, setzte ein ungeheurer Sturm bei der sozialistischen Partei ein. Ritti schloß mit einem Geschrei auf den Boden, dem sich

die Kammer durch demonstrativen Weisfall angeschlossen. Daraufhin verankerte die sozialistische Partei ihrerseits eine ähnliche Gegenforderung. Rote Tücher wurden geschwenkt, und man sang die Arbeiterhymne. Die Kundgebungen, woran sich auch die Tribünen beteiligten, wiederholten sich mehrmals.

Ritti verband mit der Tagesordnung Molliasi die Vertrauensfrage, die unter Namensaufruf 242 Stimmen für und 216 Stimmen gegen ergab. Die Mehrheit Rittis beträgt somit nur 26 Stimmen. Das ist ein absterbender Anfang für ihn.

Violitti erklärte, daß er zugunsten der Regierung stimmen werde. Die Erklärung Violittis gab zu Unterbrechungen, Zwischenrufen und Kommentaren Anlaß.

Bacci erklärte im Namen der offiziellen Sozialisten, daß sich seine Partei jedem Versuch parlamentarischer Reaktion entgegenstellen werde.

Nach dem Wahlsieg!

(Baseler Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die „Baseler Tagwacht“ meldet, daß neuerdings in Brüssel und Antwerpen Massenverhaftungen sozialistischer Deputierter (?) und Funktionäre vorgenommen worden sind, und daß ein Generalstreik in Belgien nahe bevorsteht.

Bei der Richtung der „Baseler Tagwacht“ ist vielleicht anzunehmen, daß es sich um Bolschewisten handelt.

Für Deutschösterreich.

(Baseler Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Einundzwanzig Schweizerische Arbeiterunions beschloßen die Einleitung einer großen Hilfsaktion für Innerösterreich, Vorarlberg und Tirol.

England genehmigte die Absendung von Fetten usw. für 280 000 Pfund Sterling und von drei (Schiffs-) Ladungen Kohle nach Deutschösterreich.

Wien steht vor einem Weihnachtsfest ohne Licht und ohne Straßenbahn.

Auf dringende Notrufe der Regierung hat die italienische Mission wegen sofortiger Absendung des in Triest liegenden Getreides geantwortet.

Ja, wenn auch Luxemburg!..

Die Sozialisten des Großherzogtums Luxemburg hielten ihren Parteitag in der Hauptstadt ab. Ueber 100 (13) Delegierte waren anwesend und nahmen schließlich nach lebhaften Auseinandersetzungen mit überwiegender Mehrheit die Entschloßung des Vorstandes an, die sich für das Rätesystem und die Erziehung der Arbeiterklasse zur Erreichung der Macht ausspricht.

Ander Resolutions, die den sofortigen Anschluß an Moskau bezug, die Vertagung der Entscheidung empfahlen, sowie eine weitere Entschloßung, nach der der Generalkongress eine neue revolutionäre Internationale zu schaffen haben wolle, waren durch die Vorstandsvorsitzenden erliebt.

Itter, v. Suhlmann, auch Luxemburg lehrt die den Räten und wirft sich in die Arme Crispiums!

Neue Anleihe Frankreichs.

In der französischen Kammer wurden die Mitglieder der Kreditkommission, die die Finanzvorlage der Regierung zu prüfen haben, gewählt. Im Verlaufe der Diskussion, die der Erneuerung vorausging, gab Finanzminister Ruch seine Absicht kund, binnen kurzem eine Uebersicht über die Finanzlage zu geben zur völligen Klärung des Parlaments und des Landes. Er bemerkte, daß es ihm nicht möglich sei, sich über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Alliierten auszusprechen, bevor er sich mit Clemenceau verständigt habe. Ruch ist der Meinung, daß die Kammer die Vorschläge, die er der Regierung unterbreitete, so schnell als möglich verhandeln und daß sie keine der jetzt bestehenden Steuern abschaffen solle, bevor sie nicht einer anderen an deren Stelle tretenden Steuer zugestimmt hat. Er erklärte, daß Vergeltung nicht mehr am Platze sei und daß man mit der bis jetzt verfolgten Politik hinsichtlich des Exportpreises und des Eisenbahnverkehrs aufhören müsse. Er schloß mit der Ankündigung der Einreichung einer neuen Anleihevorlage und einer neuen Steuervorlage.

Das Schicksal von Konstantinopel.

„Daily Mail“ schreibt über die Frage von Konstantinopel, man habe die Wahl zwischen zwei Lösungen: Entweder Konstantinopel an Griechenland zu geben, welches gewisse Ansprüche auf die Stadt erheben kann, oder aber der Hafen zu internationalisieren, genau so wie Dantzig internationalisiert worden ist.

Das Drama von Amritsar.

Wir berichteten schon über die warnungsfolle Niederschlagung einer Inderversammlung auf Befehl des englischen Generals Dyer. Es werden jetzt aus der englischen über die schweizerische Presse weitere Einzelheiten bekannt. So hat der General die Frage, warum er sich um die etwa 1800 Verwundeten (neben 420 Toten) nicht gekümmert habe, damit beantwortet, daß die Hospitäler ja offen gewesen seien und die Verwundeten hätten hingehen können. Auf seinen Befehl mußten Inder durch die Straße, in der eine englische Krankenschwester mißhandelt worden war, auf allen Vieren kriechen. Er hat die Prügelstrafe eingeführt, von der reichlich Gebrauch gemacht wurde. Und er wurde von seinen Vorgesetzten, auch dem Leutnant-Gouverneur belobt.

Unbelehrbar.

Am Sonntag morgen hatten wir den Fall des Landrats von Wöh an Hand der Antwort besprochen, die der Minister des Innern, Genosse Heine, auf eine Anfrage in der Landesversammlung zu erteilen gedenkt. Aus dieser Antwort ging deutlich hervor, daß es sich um einen freiwilligen Austritt gehandelt hat. Daß eine Maßregelung nicht vorlag, ging auch schon daraus hervor, daß der Landrat nach dem Ablauf seines Auftrags auf einem anderen angemessenen Regierungsposten verwendet werden soll. Die „Deutsche Zeitung“ setzt sich trotzdem in eine erhebliche Aufregung hinein. Zur Beruhigung sei festgestellt, daß auch nicht der geringste Druck einer Regierungsstelle auf den Landrat von Wöh ausgeübt worden ist. Herr von Wöh, der an politischer Schulung jedenfalls der „Deutschen Zeitung“ weit überlegen ist, hat einfach, als er erkannte, daß die Kreisversammlung ihm die Befolgung verweigerte und infolgedessen ein Erfolg verheißendes Arbeiten für ihn nicht mehr möglich war, die Konsequenz gezogen. Gegen die Mehrheit eines Parlaments kann in einem demokratischen Staate nicht regiert werden. Der „Deutschen Zeitung“, die immer noch ihr Ideal in der wilhelminischen Epoche sieht, wo der Parlamentarismus nichts, die Polizeigewalt aber alles bedeutete, will sich an diese Wandlung nicht gewöhnen, sie ist eben unbelehrbar. Ihre persönlichen Angriffe gegen Heine und den „Vorwärts“ beweisen nur, daß etwas geistige Elastizität im Sinne der „taumelnden Rabulistik“, die sie Heine vorwirft, den Schmelzindustriellen Knappen nicht schaden könnte!

Wo bleibt der Pachzwang?

Die Ausführungsbestimmungen zum Sieblungsgebot setzen ausdrücklich den Pachzwang vor. Inzwischen mehren sich die Klagen der Landwirte, die gern noch zu ihrem eigenen Grundbesitz Land pachten möchten, darüber, daß ihnen kein Land überlassen wird, oder aber nur zu übermäßig hohen Preisen. So liegt und liegt wieder eine Klage vor, die anführt, daß ein Bauer, der ganz sein Land verpachten möchte, weil er es selbst nicht voll bewirtschaften kann, für einen Morgen Pachtland mittlerer Schwere 60 Mark jährlich verlangt. Das ist an sich vielleicht noch nicht einmal übertrieben, erschwert aber dem armen landbedürftigen Kleinbesitzer die Möglichkeit der Bewirtschaftung außerordentlich. Die Folge davon ist, daß diese 10 Morgen natürlich nur wenig ausgenutzt werden, was nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt. In solchen Fällen müßte rasch eingegriffen werden, damit möglichst viel Kleinbesitzer in die Lage kommen, schon im nächsten Frühjahr Pachtland bewirtschaften zu können.

Die U. S. P. D.-Jugend.

Das Spaltungsheft der Kommunistischen Partei überträgt sich auch auf die linksradikale Jugend, die bisher in der sogenannten „Freien Jugend“ zusammengeschlossen war. Nachdem diese Organisation völlig ins Scheitern der Kommunisten geraten ist, hat sich von ihr die zur U. S. P. D. neigende Jugend losgelöst und zu einer neuen Organisation unter dem Titel „Sozialistische Proletariatsjugend“ zusammengeschlossen. Obwohl die neue Organisation nach ihren Richtlinien es ausdrücklich ablehnt, sich auf das Programm einer politischen Partei zu verpflichten, oder sich ihr organisatorisch anzuschließen, steht man ihr doch die U. S. P. D.-Partei schon von weitem an. Es ist ganz die Halbheit und Unklarheit dieser Partei. Auf der einen Seite tut man sehr revolutionär, auf der anderen Seite nimmt man bei den Forderungen und Richtlinien geistige Anleihen bei der sozialdemokratisch gerichteten Jugend.

Die „Sozialistische Proletariatsjugend“ bezeichnet sich stolz als „politische Jugendbewegung“. Da sie sich nicht auf das Programm einer politischen Partei festlegen will, müßte sie logischerweise als eine neue politische Partei angesprochen werden. Doch es handelt sich eben nur um ein Spiel mit Worten, denn in Wirklichkeit kommt überall der U. S. P. D.-Befehl zum Vorschein. In den politischen Richtlinien wird die „Diktatur der Proletarier und Handarbeiter“ verlangt. Das ist ein Mittel der Unabsehbarkeit, die Parteiorganisation, nicht selten darf, ist nicht demüdernd. Sie wird sogar als „der beste Weg zur Klärung, Vorbereitung und Schulung des Proletariats“ bezeichnet. Wozu dann eigentlich noch die besondere Jugendorganisation?

Sieht man von diesem Phrasengebimmel, das ja praktisch keine Bedeutung hat, ab, so bleibt als eigentliches Programm der neuen Organisation eine Zusammenstellung von Richtlinien und Forderungen übrig. Hinter denen im wesentlichen sich nichts anderes verbirgt als das alte handliche Programm der arbeitenden Jugend, wie es auch der Hauptvorstand der Arbeiterjugendvereine Deutschlands vertritt. Selbsterklärend will man aber mit der Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei nichts zu tun haben, sondern schimpft noch wie vor weidlich auf die „Verästelten“ und „Scheinsozialisten“. Mit den Kommunisten will man aber auch nicht zu tun haben. Ja, wozu gehört man denn dann eigentlich? Warum schreit man sich denn noch, Farbe zu bekennen und sich offen als U. S. P. D.-Jugendbewegung zu bezeichnen?

Kleine politische Nachrichten.

Abkündigung der Militärjustiz. Diese Regierungsvorlage wird dem Reichsrat und der Nationalversammlung zwischen Weihnachten und Neujahr zugehen.

Arbeitsnehmer in der Reichsgetreidekasse. Durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung wird in Abänderung der Reichsgetreideordnung bestimmt, daß dem Kuratorium der Reichsgetreidekasse künftig je vier statt wie bisher je zwei Vertreter der Landwirtschaft, von Handel und Industrie und der Verbraucher angehören. Gleichzeitig wird die Zahl der ordentlichen Mitglieder des Aufsichtsrates der Reichsgetreidekasse von 24 auf 26 erhöht. Die Vernehmung erfolgt, um in die neugeschaffenen Stellen Arbeitnehmer zu berufen.

Der Stand der Kohlenförderung. In der Notiz „Kohlenförderung in Friedenshöhe“ in unserer Nr. 689 vom 15. d. M., die zu mißverständlicher Deutung Anlaß geben könnte, legt der Reichskohlenkommissar Gewicht auf die Feststellung, daß die deutsche Steinkohlenförderung insgesamt nur rund 67 Proz. der Friedensförderung betrage. Die geben dieser Feststellung Raum, bemerken jedoch dazu, daß dies unseren Angaben, die Friedensleistung sei pro Tag und Stunde erreicht, keineswegs widerspricht. Tatsache ist, daß die Untertagearbeiter, auf die Stunde der reinen Arbeitszeit berechnet, die Friedensleistung bereits überbieten konnten. Der scheinbare Widerspruch mit dem Gesamtergebnis der Kohlenförderung erklärt sich daraus, daß die reine Arbeitszeit (ausschließlich des Weges von und zur Arbeitsstätte und vor Ort) mit der Einföhrung der Stufenlohnbestimmungen wesentlich vermindert ist ein Mißstand, der nur bei einer bedeutenden Vermeidung der Telegelassen durch großzügige Vergarbeiterbedingungen behoben werden kann. In Dortmund (1) und Hamburg-Altona muß bei Straßenbahnverkehre eingestellt werden.

Holzaußgabender. Der Herr Landwirtschaftsminister hat verfügt, daß zur Sicherstellung von Holzaußgabenden auch die deutsche Exportsprämienanleihe zum Orientierte angenommen werden kann.

Dem „Schutzbund deutscher Auswanderer“ ist vom Reichsminister der Auswanderung die beantragte Anerkennung der Gemeinnützigkeit versagt worden.

Wieder Jahre soll nach einem Beschluß der Gemeindevertretung mit 20 gegen 16 Stimmen das oberhessische Dindenburg bleiben.

Austritt des holländischen Kriegsministers. Die holländische zweite Kammer hat einen Änderungsantrag des freien demokratischen Mitgliedes Waraont, 1 800 000 Gulden zur Aufschaffung von Material und Munition für das Heer zu fassen, mit 45:41 Stimmen angenommen und darauf den Gesetzesrat mit 56:31 Stimmen genehmigt. Da der Gesetzesrat bereits in der vorigen Woche um etwa 4 Millionen herabgesetzt worden war und jetzt eine Herabsetzung um weitere 2 Millionen genehmigt wurde, hat der Kriegsminister seinen Abschied eingereicht.

Victor Berger, der wegen seiner Agitation gegen den Krieg den Parlamentssitz durch Gerichtsbescheid verloren hatte, ist in Milwaukee mit 7000 Stimmen wiedergewählt worden.

Gerard, Präsidentschaftskandidat. Der „New York Herald“ hat der früheren Botschafter in Berlin, Gerard, seine Präsidentschaftskandidatur nur unter der Parole der „unverfälschten Demokratie“ aufgestellt.

Anerkennung der Republik in Amerika. Das Repräsentantenhaus hat die Einbürgerung bill einstimmig angenommen; sie sieht die Deportierung aller Ausländer vor, die zu anarchistischen Organisationen gehören.

Djema!-Pasha ermordet? Nach in Belgrad eingelaufenen, bisher aber unbestätigten Meldungen wurde heute der bekannte türkische Heerführer und frühere Marineminister Djema! Pasha von revolutionären türkischen Studenten ermordet. Weiter wird gemeldet, daß Enver-Pasha von den Russen zum König von Kurdistan ausgerufen worden ist.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kriegoplan der Unternehmer im Versicherungsgewerbe.

In welcher Lage sich die Versicherungsangestellten gegenüber dem ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber in Bezug auf die Aufnahme der Tarifverhandlungen befinden, berichtet wir schon. Dem Arbeitgeberverband ist es nun angefallen, den ablehnenden wirtschaftlichen Kollage vorkommen, einen besonders eigenartigen Standpunkt einzunehmen. Die Situation wird von ihm dauernd verschärft. Hier ein Beispiel. Er versendet an seine Mitglieder ein Schreiben, in welchem unter anderem folgendes steht:

1. Bei Eintritt des Streiks geht jedem Angestellten eine Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit direkt zu.
 2. Erfolgt die Wiederaufnahme der Arbeit nicht, dann erhält der Angestellte die Kündigung auf Grund des § 72 des H.G.B. Er wird gleichzeitig rechtspflichtig gemacht laut §§ 278/280 des H.G.B.
 3. Dr. Mohrstedt hat bereits persönlich eine Aufstellung der Kommandeure der Sicherheitswehr gefertigt.
 4. Es soll jeder Direktor persönlich Stellung mit den Offizieren der Reichswehr nehmen.
 5. Es sind Personalisten der Arbeitswilligen anzulegen. Dem Arbeitgeberverband ist täglich Rapport zu erstatten, wieviel Angestellte die Arbeit aufgenommen haben.
 6. Der Arbeitgeberverband hat ein Abwehrleistungsbureau eingerichtet, welches die Bezeichnung A. L. erhalten hat.
 7. Die Direktoren sind aufgefordert, einen Grundriß ihrer Lokalisation zu fertigen zwecks Aufstellung der Posten der Reichs- und Sicherheitswehr.
 8. Es sind Sicherungen gegen Sabotage vorzunehmen. Der Arbeitgeberverband nimmt an, daß der Zentralverband Arbeitswillige in den Betrieb hineinschleift, die Beschädigungen der Telefonleitungen und Heizungsanlagen vorzunehmen werden.
 9. Wichtige Akten und Kartotheken sollen gesichert untergebracht und nur vertrauenswürdigem Angestellten zur Bearbeitung übergeben werden. Auch eine Aufstellung von Vertrauenspersonen ist anzufertigen.
- Angeht das vorliegende Schreiben und der von uns be-
 versicherungsfektion, Bierath, den Polizeipräsidenten Eugen
 des Zentralverbandes Schneider veranlaßt, mit dem Leiter der
 versicherungsfektion, Bierath, den Polizeipräsidenten Eugen
 Ernst zwecks Rücksprache aufzusuchen. Der Polizeipräsident war
 über den Inhalt des Arbeitgeberverhaltens aufs Außerste
 überrascht und betonte, daß er in keinem Zusammenhang
 damit stünde, er seinen Standpunkt in wirtschaftlichen Kämpfen
 vielmehr bereits wiederholt festgelegt habe und unter keinen Um-
 ständen ein Eingreifen zugunsten irgendeiner Partei billigt. Die
 in Betreff kommenden Kommandeure der Sicherheitswehr wären
 hierüber informiert. Der Polizeipräsident erklärte auf Verlangen
 des Vertreters des Zentralverbandes, daß er niemals gestatten
 würde, daß gegen Streikposten, welche in Ausübung ihrer
 gewerkschaftlichen Pflichten etwaige Arbeitswillige mit
 allen ihnen zu Gebote stehenden Ueberredungskünsten versuchen
 sollten, von dem Betreten des Geschäftsgebäudes abgehalten,
 vorgegangen werden würde.

Seine diesbezüglichen Befehle seien völlig klar. Die Sicherheitswehr sei lediglich dazu da, bei eventueller Bedrohung irgend-
 einer Person oder verletzter Beschädigung des privaten Eigentums
 einzugreifen, und zwar gleichgültig, ob Arbeitgeber-
 oder Arbeitnehmerinteressen auf dem Spiel stehen. In Anbetracht
 des Schreibens des Arbeitgeberverbandes im Versicherungsgewerbe
 erklärte sich der Polizeipräsident auf Wunsch des Zentralverbandes
 nachmals in Erinnerung zu bringen. Da der Herr Polizeipräsident
 betonte, mit dem Reichswehrminister in dieser Beziehung
 völlig konform zu geben, nahm Herr Schneider zunächst davon
 Abstand, Herrn Koste aufzusuchen.

Die Viktoriaborgänge waren dem Polizeipräsidenten noch
 nicht gemeldet. Er sagte Untersuchung zu. Es wäre ihm eben-
 falls unverständlich, wie die Waffen in das Viktoria-Geschäfts-
 gebäude kommen konnten.

Die Versicherungsangestellten können also getrost und in
 größter Beruhigung den kommenden Ereignissen entgegensehen.
 Die Organisation wird darauf achten, daß die ihnen verfassungsmäßig
 zustehenden Rechte nach jeder Richtung gewahrt bleiben.

Die Direktion der Viktoria erklärt die Waffensunde in den
 Räumen der Versicherungsgesellschaft damit, daß eine Anzahl
 Beamte Mitglieder der Einwohnerwehr seien. Am Sonnabend
 oder Sonntag habe eine Uebung der Wehr stattgefunden, an der
 die Viktoria-Angestellten nicht teilgenommen haben. Der Portier
 habe die Gewehre und Maschinengewehre in Empfang genommen
 und aufbewahrt. Die Waffen befänden sich ohne Kenntnis
 der Direktion seit Monaten im Hause; es fallen
 daher alle Schlußfolgerungen, als ob die Gewehre aus Anlaß der
 Lohnbewegung in das Haus gebracht seien.

Die Darstellung der Direktion kann richtig sein, wenn es auch
 sonderbar erscheint, daß monatlang ein größeres Quantum Ge-
 wehre und Maschinengewehre im Hause sich befindet, ohne daß die
 Direktion ein Sterbenswörtchen davon erfährt. In Verbindung
 mit dem eben veröffentlichten Kriegoplan der Unternehmer, der
 den Angestellten die Auffindung der Waffen bekannt war, ist die
 Empörung der Angestellten nur zu begreiflich. Mühten sie doch
 annehmen, daß die Waffen bestimmt seien, sie bei Ausbruch des
 Streiks eventuell zu Paaren zu treiben.

Die Teuerungszulagen der Buchbinder.

Der Deutsche Buchbinderverband hat mit den Berliner Buch-
 druckereibesitzern folgende neue Teuerungszulagen vereinbart: Für
 Gehilfen in Lohn- und Akkordarbeit 25 M. pro Woche.
 Gehilfen, die einen Lohn über Minimum haben, erhalten bei
 1-3 M. über Minimum 1 M. Zuschlag, 3-5 M. über Minimum

2 M. Zuschlag, 5-7 M. über Minimum 250 M. Zuschlag, von
 mehr als 7 M. über Minimum 3 M. Zuschlag.

Arbeiterinnen unter 16 Jahre erhalten 7,50 M.; un-
 gefährte Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten im ersten Halb-
 jahr 10 M. pro Woche, im zweiten Halbjahr 12,50 M. pro Woche;
 gefährte Arbeiterinnen sowie Akkordarbeiterinnen erhalten 13,75 M.
 pro Woche.

Diese Teuerungszulagen gelten ab 15. Dezember 1919. Die
 neuen Teuerungszulagen für die in den Buchbindereien Beschäf-
 tigten werden in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 6, Sektion a (Klein-
 bahnen, Straßenbahn). Mitgliederversammlung Dienstag, den 23. Dezember,
 abends 6 Uhr, in den „Kaiser-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Soziales.

Der Anspruch der Kriegsteilnehmer auf Invalidenrente und Krankengeld.

Es ist nicht allgemein bekannt, daß Kriegsteilnehmer, die eine
 Militärrente beziehen, auch Ansprüche aus der Invaliden- und
 Krankenversicherung ableiten können. Nach dem Gesetz erhält In-
 validenrente ohne Rücksicht auf das Lebensalter, wer infolge Krank-
 heit oder anderer Ursachen dauernd invalide ist. Als invalide gilt,
 wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen
 Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksich-
 tigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zuge-
 wendet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was Körperlich
 und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Aus-
 bildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.
 Kann also der Kriegsteilnehmer den Nachweis führen, daß seine Er-
 werbsfähigkeit infolge Krankheiten oder Verwundungen auf weniger
 als ein Drittel herabgesetzt ist, so steht ihm ebenso wie einem
 anderen Verletzten der Anspruch auf Invalidenrente zu. Der
 Bezug der Militärrente schließt den Anspruch also keineswegs aus.
 Die Invalidenrente wird voll gezahlt und nicht, wie es beim Zu-
 sammenschlagen von Unfall- und Invalidenrente der Fall sein kann,
 nur teilweise gezahlt. Da der Erwerbverlust beim Fehlen oder
 völliger Gebrauchsunfähigkeit des rechten Armes auf 80-75 Proz.
 und der Verlust eines Beines auf 70 Proz. eingeschätzt wird, so
 dürfte Kriegsverletzte dieser Art recht häufig die Gewährung der
 Invalidenrente verlangen können. Der Anspruch kann selbstver-
 ständlich noch auf Grund anderer Leiden, die einen Erwerbverlust
 von mehr als 60% Proz. zur Folge haben, mit Erfolg geltend ge-
 macht werden. Hat der Kriegsteilnehmer Kinder unter 15 Jahren,
 so erhöht sich die Invalidenrente für jedes dieser Kinder um ein
 Fünftel. Länger als auf ein Jahr rückwärts, vom Eingang des
 Antrages gerechnet, wird keine Rente gezahlt, sofern nicht der
 Berechtigte durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen,
 verhindert worden ist, den Antrag rechtzeitig zu stellen. Der An-
 trag ist in diesem Falle binnen drei Monaten zu stellen, nachdem
 das Hindernis weggefallen ist. Für den Antrag auf Invaliden-
 rente zuständig ist im allgemeinen das Versicherungsamt, in dessen
 Bezirk der Kriegsteilnehmer wohnt oder beschäftigt ist. Die In-
 validenrente wird nur dann gewährt, wenn eine Wartzeit zurück-
 gelegt ist. Die beträgt für solche Personen, die mindestens hundert
 Beitragswochen auf Grund der Versicherungspflicht nachweisen
 können, 200 Beitragswochen, anderenfalls 500 Wochen. Für ver-
 sicherungspflichtige Gewerbetreibende werden Militärdienstzeiten und Krank-
 heitswochen als Beitragszeiten angerechnet. Eine weitere Voraus-
 setzung des Anspruchs auf Invalidenrente ist auch, daß die Anwarts-
 schaft aufrechterhalten ist, was wohl bei allen Kriegsteilnehmern,
 die vor ihrer Einberufung zum Kriegsdienst ständig Lohnarbeit
 verrichtet haben, der Fall sein dürfte. Die Anwartschaft, die übri-
 gens jeder Kriegsteilnehmer aufrechterhalten sollte, besteht, wenn
 während zweier Jahre nach dem auf der Kulturstarte ver-
 zeichneter Aufstellungstage weniger als 20 Wochenbeiträge auf
 Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung ent-
 richtet worden sind. Bei der Selbstüberführung müssen 40 Beiträge
 gezahlt werden. Zu bemerken ist noch, daß die monatliche Rente
 zur Invalidenrente in Höhe von 8 M., die ab 1. Februar 1918 ge-
 zahlt wird, und von weiteren 12 M., die ab 1. Oktober 1919 ge-
 zahlt wird, auch dem Kriegsteilnehmer zuzurechnen sind, daß
 ihm Invalidenrente gewährt wird. — Für den Anspruch auf
 Krankengeldleistungen gilt folgendes: Alle Kriegsteilnehmer, die
 zur Zeit ihres Eintritts in den Kriegsdienst in den vorangegange-
 nen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher
 mindestens 6 Wochen auf Grund der Reichsversicherung oder bei
 einer inoffiziellen Krankenkasse oder Ersparnisse versichert
 waren, können nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst binnen
 6 Wochen freiwillig der letzten Klasse wieder beitreten. Dies ist
 auch dann zulässig, wenn bei der Entlassung völlige Arbeitsunfähig-
 keit besteht. In einem solchen Falle hat nach einer Entscheidung
 des Reichsversicherungsamtes vom 5. März 1919 der Kriegsteil-
 nehmer sofort Anspruch auf Krankengeld, da er durch die Teilnahme
 am Kriege nicht geschädigt, sondern in die Lage versetzt werden
 soll, die Versicherung wieder so fortzusetzen, als wäre sie nicht
 unterbrochen. Dieser Entscheidung kann man nur zustimmen; auf
 sie wird sich dieselbe nicht nur berufen können, der jetzt noch lan-
 ge Gefangenschaft in die Heimat zurückkehrt und arbeitsunfähig ist.

Bergmannswohnstätten.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung vom 22. Dezember
 beschlossen, zum Bau von Bergarbeiterwohnstätten be-
 sondere Mittel zur Verfügung zu stellen, die aus einer Abgabe von
 der verbesserten Kohle aufgebracht werden sollen. Voraussetzung für
 die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ist die Trennung von
 Arbeits- und Wohnverhältnissen. Soweit daher die
 Wohnungen nicht von vornherein durch gemeinnützige Bauvereini-
 gungen errichtet werden, müssen sie nach Fertigstellung solchen Ge-
 nossenschaften oder Gesellschaften zum Eigentum übertragen werden.
 Die Verteilung der Mittel soll unter Beteiligung von Vertretern
 der Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgekehrt erfolgen, so daß mit
 dem Bau der Wohnungen begonnen werden kann, sobald es die
 Jahreszeit zuläßt. Anträge sind an die bisher für die Gewährung
 von Baukostenzuschüssen zuständigen Stellen zu richten.

Bildungsveranstaltungen.

Veitersbildungsausschuß Groß-Berlin.

Katung! - Festkonzerte! Wir machen nochmals darauf aufmerk-
 sam, daß die Karten für die Abonnementkonzerte unbedingt bis Dienstag,

den 23. Dezember, auf unserm Bureau, Lindenstr. 3, 2. Hof IV, Zimmer 10,
 abgeholt werden müssen. Für die 2. Serie Abonnementkonzerte findet
 das erste Weihnachtskonzert am 28. Dezember mittags 12 Uhr statt. Karten
 noch zu haben. — Kleines Schauspielhaus. Am 1. Feiertag und Sonntag,
 den 28. Dezember, 3 Uhr: „Emilia Galotti“. Eintritt 1,50 M.
 Beginn der Vorlesung im Saalraum des Theaters um 9 Uhr. Karten
 beim Bezirksverband Groß-Berlin, Bellevuestr. 7, Lindenstr. 3, 2. Hof IV,
 Zimmer 10, bei allen Abteilungsstellen und den mit Plakaten belegten
 Parteipredigten. — Voranzeige. Sonntag, den 29. Januar, Winter-
 festabend in der Aula des Gymnasiums zum grauen Hofe, Klosterstr. 74:
 „Die Ballade“. Eintrittskarten beim Bezirksverband Groß-Berlin, Bellevue-
 str. 7, Lindenstr. 3, 2. Hof IV, Zimmer 10, und bei allen Abteilungs-
 stellen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Für die hungernden Kinder Berlins. Gesangsaufführung 1. Weih-
 nachtsfeier, mittags 12 Uhr, Philharmonie, Bernburger Str. 22a-23,
 200 Berliner Gemeindefunkler, Leitung Karl Schwarzmeißler,
 unter Mitwirkung von Dora Busch. — Nächstes Volkskonzert des
 Philharmonischen Orchesters Dienstag in der Kronen-
 Sappold, Hallesche Str. 38, 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Aufführung
 7 Uhr. — Allgem. Wirt. Touristenklub. (Die Heimatwandler.)
 Sonntag 6 Uhr im Köpenickerpark, Großmaader Str. 25, Hout-
 tans-Fest zum 100. Geburtstag. Vortr. Dr. Kurt Wang und Paul
 Hoffmann. Gastische Reden: Hermann Nissen. Karten zu 2,
 1,50 und 1 M. bei Georg Schütz, Franzstr. 6, und Karl Sejanec, Char-
 lottenburg, Leibnizstr. 23.

Aus aller Welt.

Krankennisch — für Hunde und Ferkel. Das hessische Kreisamt
 Groß-Berau bedie eine umfangreiche Versorgung bewilligter
 Krankennisch an Hunde, Katzen und Ferkel an.

Regimentskaffe gestohlen. Die Reichswehr-Regimentskaffe in
 Guda mit 70 000 M. wurde nachts gestohlen.

Wie gehoben wird. Eine oberälteste Grubenverwaltung
 hatte von der Reichsverteilstelle 15 000 getragene Militärunter-
 hosen zu je 3 Mark für die Grubenarbeiter erstanden. Sie
 wurden unterwegs „abgeleitet“ und in fremde Hände gebracht, die
 sie mit 11 M. das Paar weiterhoben. Ein Teil der Ware wurde
 noch beschlagnahmt. Die Schieber wurden festgesetzt.

Die mitteleuropäische Zeit im besetzten Gebiet wird nach einer
 gewissen Uebergangsfrist für das bürgerliche und wirtschaftliche
 Leben wieder eingeführt, für die Eisenbahn sofort.

Flugzeug und Geier. Der französische Australienflieger Poulet
 soll in den Bergen Stoms von einer Geierfart angefallen worden
 sein, die sich aber mit der Kaputtmachung eines Propellers begnügte.
 Wenn's nicht wahr ist, macht's doch keine!

Frage vom Tage. Weißt Du die Verkleinerung im Russischen?
 — ?? — Lenin, Crispin!

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Kasten wie man einen Kasten
 und eine Nummer bei Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Bitte
 tragen Sie in der Briefliche Auskunft, Lindenstr. 3, 1. Hof
 untere Etage, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

Die juristische Sprechstunde fällt am Heiligen Abend und
 am dritten Feiertag aus.

- H. M. 100. Ihre Frage ist unerschütterlich. — H. M. 101. In der
 Buchhandlung Baurisch, Berlin, Lindenstr. 3. — H. M. 9999. Rein.
 H. M. 100. 1. In Berlin befinden sich zurzeit verschiedene Enten-
 teilemissionen; die Titel und Adressen derselben sind nicht bekannt.
 2. und 3. Die Gründe sind nicht bekannt; fragen Sie bei den be-
 treffenden Institutionen an. Die Beilegung der Militärgerichte kann
 nur durch die Beilegung erfolgen. Ihre weiteren Anregungen haben
 wir der Redaktion unterbreitet. — H. M. 2. Fragen Sie beim
 Richteramt der Stadt Berlin (Dr. Berman) an. — H. M. 1919. Jeden-
 falls der Versuch der Handelskammer; am besten ist es, Sie erkundigen
 sich bei den Kollegen der Kaufmannschaft. — H. M. 3. 1. H. M. 2. Rein.
 H. M. 3. Frage und ehemalige Kriegsteilnehmer. — H. M. 1. H. M.
 Straße 49. 2. und 3. Unbekannt. 4. Stellen Sie einen Antrag, 5. und 6.
 Rein. — H. M. 11. Die Verrechnung liegt im öffentlichen Interesse
 begründet. — H. M. 12. Refus an das Reichsmittelverwaltungsamt.
 In dem Beschlusse mag auf den zulässigen Rechtsbehelf und die für ihn
 vorzulegenden Beweise hingewiesen sein. — H. M. 567. Stellen Sie an das
 Regiment oder Bataillon einen Antrag auf Anstellung der Führung,
 Familienunterstützung. — H. M. 1. Rein. 2. Ja, durch die Verwaltung-
 behörde. 3. Ja. 4. Reichswehrverwaltung, 85 100 Pf. 5. Wenden Sie
 sich an eine dortige Buchhandlung. — H. M. 74. 1. Rein. 2. Ja.
 Ders. Rein. — H. M. 23. 1. Herr Präsident. 2. Wird von Fall zu Fall
 entschieden. — H. M. 48. Mitteilungsjamt anrufen. — H. M. 27. Die
 Bedienung hat nur einen Anspruch, wenn sie bestellt worden ist.
 — H. M. 66. Krankengeld in abgelehnt. — H. M. 60. Ja.
 — H. M. 37. 1. H. M. 12. 19. Die Verrechnungsmittel sind 2. An-
 spruch auf Invalidenrente haben Sie, wenn Sie invalide sind. — H. M. 2.
 Kopendagen. 1. Ja. 2. Rein, da Sie sich nach dem 12. 12. nicht
 binnen Dreimonatsfrist gemeldet haben. 3. Fragen Sie bei derjenigen
 Stelle, die Sie einzeln zur Stellung aufgefordert hat, an, ob ein Ver-
 fahren gegen Sie eingeleitet ist, und bitten Sie erst um Wiederholung.
 — H. M. 19. Wenden Sie sich sofort persönlich an das Bezirkskommando.
 Dort erfahren Sie alles Nähere. — H. M. 19. Das mutmaßliche jetzige
 Einkommen. Können Sie um Geltendmachung oder Bewilligung von Neben-
 zahlungen ein. — H. M. 85. 1. u. 3. Ja. 2. Nicht nötig. — H. M. 1.
 1. Die gesetzlichen Bestimmungen gelten noch. 2. Unbekannt. 3. Rein,
 wenn 60% Proz. der Vollrente an. — H. M. 6. 1. Nur wenn der Erwerb
 des Grundstücks zum Zweck der Anstellung erfolgt ist. 2. u. 3. Wenden
 Sie sich an die dortige Polizeistelle. — H. M. 27. Klage auf Zahlung
 erheben. — Zahnärzt. Unverändlich, wenden Sie sich an die Kranken-
 kasse. — H. M. 100. 1. Rein. 2. Bekwerbe beim Landrat beim
 Regierungspräsidenten. — H. M. 80. Führen Sie Beschwerde. — H. M. 8.
 Hofnung. Warten Sie den weiteren Verlauf der Sache ab. Wahrschein-
 lich handelt es sich um gekohlene Wagen. — H. M. 11. Rein. — H. M. 100.
 Sie haben keinen Erhaltungsanspruch. — H. 101. 1. Rein. 2. Un-
 bekannt. — H. M. 119. Wenden Sie sich an die Bezirkskasse.
 — H. M. 3. 17. Bis 30. 6. 19. Legen Sie sofort Beschwerde ein.

Briefkasten der Expedition.

H. M. 2. Sie erhalten Nachricht vom Verlag G. Oestergaard.

Wetterausrichten für das mittlere Norddeutschland bis
 Mittwoch mittags. Gemäßig mild, zeitweise anflauen, jedoch über-
 wiegend bewölkt, mit öfters wiederholten im Küstengebiet zum Teil starken,
 sonst meist geringen Niederschlägen.

Benannt für den Redaktion. Zeit: Weiss Jäger, Charlottenburg; für Anzeigen:
 Th. Giese, Berlin. Verlag: Breders-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck:
 Breders-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Breders-Berlin G. m. b. H., Berlin.
 Druck: Breders-Berlin G. m. b. H., Berlin.

Glühlampen zur Miete

gegen geringe Monatsgebühr; auf Wunsch auch gasgefüllte Metalldrahtlampen mit und ohne Armaturen.
 Die Lampenmiete für ein ganzes Jahr beträgt ungefähr soviel, wie der halbe Ladenpreis einer
 Lampe, denn ausgebrannte Lampen werden von uns ohne Mehrkosten ausgewechselt. Wöchentliche Lampenkontrolle.
 Instandhaltung von Gasglühlicht-Anlagen im Abonnement
 Man verlange unverbindlichen Vertreterbesuch und überzeuge sich von den vorteilhaften Bedingungen.
 Fabrik für Glühlichtbedarf, Abonnementabteilung, Berlin O17, Fernspr. Königstadt 8233.

